:antifaschistische nachrichten

Nr. 21

g 3336 17.10.2013 29. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

„Pro D“ nach der Wahl

BERLIN. Die selbsternannte „Bürgerbewegung pro Deutschland“ (PRO D) will nach ihrer Schlappe bei der Bundestagswahl ihr Grundsatzprogramm konkretisieren und erweitern. So wolle man das sozialpolitische Profil schärfen und stärker den Tierschutz und Aussagen zur internationalen Politik hervorheben, beschloss der Bundesvorstand von „Pro D“ auf seiner Sitzung am 5. Oktober. Neuer Bundesgeschäftsführer wurde Rolf Benz, pensionierter Kriminalbeamter aus Berlin. Lars Seidensticker, der bisherige Amtsinhaber, soll sich als Generalsekretär um die Arbeit in Berlin und den Aufbau neuer Kreisverbände kümmern. Beschlossen wurden die Teilnahme an der Kreistags- und Stadtratswahl in Meißen (Sachsen) im Frühjahr 2014 sowie an der Oberbürgermeister-Wahl im niedersächsischen Peine. Hinsichtlich einer Teilnahme von „Pro D“ an den Landtagswahlen in Sachsen 2014 wolle man nun „Sondierungsgespräche“ führen. Die nächste Bundesversammlung will „Pro D“ am 16. November in Hildesheim durchführen. Hier hatte Andreas Tute bei der Bundestagswahl 5,3 % für „Pro D“ erzielt. Durch den Antritt von „Pro D“ bei der Bundestagswahl sei „völlig unnötig die Marke PRO beschädigt“ worden und „linkslinken Journalisten“ eine „Steilvorlage geliefert“ worden, unkt hingegen „PRO NRW“-Chef Markus Beisicht. Er erwarte nun, dass „die verantwortlichen Personen aus diesem Wahlergebnis die notwendigen Schlüsse ziehen und diese Splitterpartei zu gegebener Zeit in ein freiheitliches Sammlungsprojekt unter der Federführung von „PRO NRW“ und „PRO KÖLN“ überführen werden“.

(www.pro-nrw.net/www.pro-deutschland.de. hma) ■

Pawelka abgewählt

DÜSSELDORF. Die „Landsmannschaft Schlesien“ hat am 5. Oktober auf einer außerordentlichen Bundesdelegiertenversammlung in Düsseldorf ihren Bundesvorsitzenden Rudolf Pawelka abgewählt. Ein Abwahlantrag wurde mit 28 zu 21 Stimmen angenommen. Der Antrag zu seiner Abwahl sei überraschend gewesen, so Pawelka, er akzeptiere aber das Ergebnis. Bereits im Juni war Pawelka, der zu den Autoren der „Jungen Freiheit“ gehört, wegen seiner Rede, die er beim „Deutschlandtreffen“ der Schlesier in Hannover gehalten hatte, heftig kritisiert



Seit Monaten kämpfen Lampedusa-Flüchtlinge in Hamburg für ihr Aufenthaltsrecht mit Unterstützung antirassistischer Gruppen, der LINKEN und ver.di (siehe auch S.11/12)

Es geht um Menschenwürde – sie ist unteilbar

Unterbringung von Flüchtlingen in den Kommunen am Beispiel Köln

Im September 2013 hat die Stadt Köln 325 neu zugezogene Flüchtlinge kurzfristig untergebracht. Bereits vor zwei Jahren war diese Entwicklung absehbar, getan hat die Verwaltung aber nicht viel. 2672 Flüchtlinge leben in Köln, 1000 mehr als 2009, dem Tiefstand der Flüchtlingsunterbringung. Dass vor der weitgehenden Einschränkung des Asylrechts ein Vielfaches von Flüchtlingen in der Bundesrepublik lebten, wird immer wieder verschwiegen. Das müsste aber eigentlich der Maßstab und die Orientierung des politischen Handels sein. Denn wir reden über eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen – von einklagbaren Menschenrechten –, ein Thema, mit dem sich die Verwaltungen auf kommunaler und Landesebene seit 1945 eigentlich ganz gut auskennen.

Von den Kölner Flüchtlingen leben 1735 in Wohnheimen, 580 in Hotel- oder Pensionsbetrieben und 147 in den beiden Erstaufnahmeeinrichtungen in der Herkulesstr. und der Vorgebirgsstr. Die Verwaltung plant nun, die Einrichtung in der Herkulesstr. auf 450 Plätze zu erhöhen. (1) Das ist eine „Massenunterkunft“, kritisierte der Kölner Stadt-Anzeiger zu Recht diese Planungen. Dabei sollen die drei Stockwerke der ehemaligen TÜV-Immobilie auf 3 x 70 Personen ausgebaut werden und auf dem Gelände sollen 4 Containereinheiten für je 60 Personen errichtet werden. Macht zusammen 450 Personen.

Die Ratsfraktion der LINKEN kritisierte diese Planungen heftig: „Das ist eine Katastrophe! Unter der rot-grünen Ratsmehrheit entstehen in der Kölner Flüchtlingspolitik Verhältnisse, wie zur Zeit der schwarz-gelben Ausgrenzungspolitik in der Verantwortung von Herrn Dr. Bietmann (CDU).

Die Verwaltung bringt die Flüchtlinge in billigen Massenunterkünften unter unmenschlichen Bedingungen unter. Nicht einmal das Niveau, das mit guten mobilen →

Aus dem Inhalt:

AfD: Richtungskämpfe im Vorstand 10
Frankreich: Roma, Zielscheibe im Vorwahlkampfklima – für fast alle Parteien 11

worden. Das rechte Wochenblatt „Junge Freiheit“ zitiert aus einem Schreiben der niedersächsischen Landesregierung vom 24. September, in dem mit der Streichung von Subventionen für die „Landsmannschaft Schlesien“ gedroht wurde: „Sollte es nicht zu grundsätzlichen Umorientierungen des Verbandes und seiner Aktivitäten kommen“, werde ab 2015 von einer Förderung des „Deutschlandtreffens“ der Landsmannschaft abgesehen. Künftig müsse sichergestellt werden, daß die „Landsmannschaft Schlesien“ sich dem „Gedanken der Aussöhnung“ verschreibe und von „rückwärtsgewandten und revanchistischen Äußerungen“ ablasse.

(www.jungefreiheit.de – hma) ■

Rechtsrock am 9. November

Am Samstag, den 9.November 2013, soll in „Mitteleuropa“ ein „Solidaritätskonzert“ unter der Überschrift „Freiheit für alle nationalen politischen Gefangenen!“ durchgeführt werden. Angekündigt wird der Auftritt der Rechtsrockformationen „Confident of Victory“, „Kommando Skin“, „Blutzeugen“, „Frontfeuer“ und von zwei Überraschungsbands. Nähere Informationen werden nur über eine E-Mail-Adresse angeboten. Kameras und Handys seien bei diesem Konzert verboten, so die Veranstalter. Beworben wird die Veranstaltung u.a. auf der Internetseite der „Freien Kräfte Neuruppin/Osthavelland“.

hma ■

„Der Landser“ endlich eingestellt!

Kriegsverherrlichende „Landser“-Hefte nach über 50 Jahren auf Druck des SWC endlich eingestellt • Bauer Media Group sieht keine Verharmlosung deutscher Kriegsverbrechen •Konzern stellte Heftreihe dennoch im September ein

Seit Ende der 1950er Jahre gibt es die NS-verherrlichende Roman Heftreihe „Der Landser“. Im September diesen Jahres wurden die zweifelhaften Wochenhefte eingestellt. Die Bauer Media Group, zu der „Der Landser“ gehörte, erklärte die Reihe „nicht fortzuführen“.

Im Juli diesen Jahres hatte sich das Simon-Wiesenthal-Center (http://www.wiesenthal.com/) mit einem offenen Brief an den Verlag gewand und ein Verbot der Publikation gefordert. Die Hefte würen den Nationalsozialismus verherrlichen und den Holocaust verharmlosen. Auch würde die Waffen-SS als ein „Grüppchen gutmütiger Soldaten dargestellt, die nur ihren Job tun und von den griechischen Dorfbewohnern nach ihrem Einmarsch dankbar empfangen und zum Wein eingeladen worden waren.“

Nach den Vorwürfen hatte die Bauer

Fortsetzung Seite 3 unten



Mögliche wenig diskriminierende Containerform

Wohneinheiten möglich wäre, erfüllen die Container, die die Verwaltung einsetzen will. Diese Container werden weder Sanitär- noch Kochgelegenheiten haben.“ (2)

Die örtliche Presse griff diese Kritik auf und schrieb:

„Der CDU-Fraktionschef Rolf Bietmann war bis 2003 der mächtigste Mann im Stadtrat. Als 2001 in Kalk ein Container-Dorf für Flüchtlinge eingerichtet worden war, brauste ein Sturm der Entrüstung durch die Stadt.

Die heute regierenden Parteien SPD und Grüne warfen zusammen mit vielen Hilfsorganisationen der Ratsmehrheit von CDU und FDP sowie der Stadtverwaltung vor, Flüchtlinge „menschenunwürdig“ zu behandeln. SPD-Parteichef Jochen Ott kritisierte die zentrale Unterbringung von Hunderten Flüchtlingen. Das Container-Dorf, in dem zeitweise 300 Menschen lebten, wurde zum Symbol einer fehlgeleiteten Flüchtlingspolitik.

Die Kritik zeigte Wirkung: Die Vertreter der damaligen politischen Mehrheit fühlten sich zum Ortstermin gezwungen und äußerten sich überrascht über das, was sie mitzuverantworten hatten. Bietmann kündigte eine Wende in der Flüchtlingspolitik an. ‚Wir haben gelernt´, gab ein FDP-Sozialpolitiker gar zu Protokoll.“ (3)

Aus der damaligen katastrophalen Unterbringung der Flüchtlinge waren Konsequenzen gezogen worden. Mit großer Mehrheit hatte der Rat die Leitlinien zur dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen beschlossen und einen runden Tisch eingesetzt. Mit ihren jetzigen Plänen verstößt die Verwaltung eklatant gegen diese Richtlinien. Das ist schlimm genug. Die Verwaltung hat weder ein Konzept, wie sie langfristig aus der Lage wieder herauskommen will, noch Grundsätze, wie sie aktuell die Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen kann.

So kündigte die Verwaltung in einer Presseerklärung an, neben der Massenunterkunft von 450 Personen in der Herkulesstr. auch „befristete Wohncontaineranlagen für Flüchtlinge“ über das ganze Stadtgebiet aufzubauen, die „voraussichtlich (auf) 100 Personen begrenzt werden, Sanitär- und Kochgelegenheiten müssen separat von den Wohncontainern errichtet werden.“

Das ist eine Politik der „Verordneten Verwahrlosung“, wenn Flüchtlinge nicht menschenwürdig untergebracht werden.

Die Ratsfraktion DIE LINKE hat die Verwaltung darauf aufmerksam gemacht, dass es sehr wohl qualitativ hochwertige Containerwohnanlagen gibt, mit Sanitär und Kocheinheiten und einem äußeren Erscheinungsbild, das nicht an Container erinnert. (4)

Der Kölner Flüchtlingsrat kritisiert die Politik der Stadtverwaltung ebenfalls heftig:

„Gerade für besonders schutzbedürftige Personengruppen wie für Kinder, Kranke oder alte Menschen ist das Leben im Container unzumutbar. Eine kurz befristete Unterbringung wäre vielleicht noch hinnehmbar. Aber die Stadt hat weiterhin kein mittel- und langfristiges Konzept für die Unterbringung in festen Einrichtungen mit abgeschlossenen Wohneinheiten. … Auch hierbei sieht der Flüchtlingsrat einen eklatanten Verstoß gegen die „Leitlinien“.

Claus Ulrich Prölß vom Flüchtlingsrat fordert ein Umdenken: „Die Sitzung des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen am 18.10.2013 kann zu einer Zerreißprobe für das Gremium werden. Der Runde Tisch muss sich mutig gegen diese fatale Entwicklung stemmen und humanitäre Standards bei der Flüchtlingsunterbringung einfordern. Es geht um die Menschenwürde – sie ist unteilbar.“ (5)

Jörg Detjen ■

Quellen:

1) Presseerklärung der Stadt Köln vom 9.10.2013 www.stadt-koeln.de/1/presseservice/mitteilungen/2013/08746/
2) Presseerklärung der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln, vom 9.10.2013
3) Kölner Stadt Anzeiger, 10.10.2013
4) Material kann über Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln angefordert werden: dielinke.-fraktion@stadt-koeln.de
5) Presseerklärung des Kölner Flüchtlingsrats vom 9.10.2013

Gegen Neofaschismus, Geschichtsfälschung und Kriegsgefahr

Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) berät die Aufgaben der kommenden Jahre

Anfang Oktober tagte in der bulgarischen Hauptstadt Sofia der XVI. ordentliche Kongress der FIR. Delegierte aus allen Teilen Europas, von Portugal bis Russland, von Dänemark bis Griechenland zogen eine Bilanz der erfolgreichen Arbeit der vergangenen drei Jahre und beschlossen Schwerpunkte der zukünftigen Tätigkeit.

Höhepunkte waren z.B. die Festveranstaltung zum 60. Gründungsjubiläum im Juli 2011 im Alten Rathaus von Wien sowie die Verleihung des Michel Vanderborght Preises im Festsaal des belgischen Parlaments 2013. Von großer Bedeutung war das Internationale Jugendtreffen „Der Zug der Tausend" im Mai 2012 in der Gedenkstätte Auschwitz (gemeinsam mit dem Institut des Vétérans und der Auschwitz-Stiftung). Zwei wichtige Beiträge zur Geschichtsarbeit waren die Herausgabe der „Landkarte der nazistischen Konzentrationslager und Haftstätten in Mitteleuropa" und die Eröffnung der Ausstellung „Antifaschistischer Widerstandskampf in Europa" im Sommer 2013 im Europaparlament in Brüssel. Beide Projekte konnten ebenfalls mit dem *Institut des Vétérans* realisiert werden.

Die Ansprachen von Delegierten und Gäste zeigten, dass die FIR insbesondere durch die Aktivitäten ihrer Mitgliedsverbände und deren lebendigen Kontakte untereinander lebt. Dies wurde auch bei Treffen von Leitungsmitgliedern der FIR mit Verbänden in verschiedenen Teilen der Welt sichtbar.

Welche hohe Wertschätzung die Organisation in diesem Rahmen besitzt, zeigen Begegnungen des FIR-Präsidenten mit den Präsidenten der Republik Zypern, der Tschechischen Republik oder auch mit politischen Repräsentanten anderer Staaten. Schreiben und Grußworte befreundeter Organisationen gaben davon einen Eindruck. Der Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion im Europaparlament und Parlamentspräsident der Bulgarischen Nationalversammlung, Sergei Stanishev, übermittelte eine ausführliche Grußbotschaft, in der er die Bedeutung der FIR unterstrich.

Neofaschismus und Rassismus sind für alle Mitgliedsverbände der FIR eine große Herausforderung. Vilmos Hanti (Ungarn), Präsident der FIR, wurde bereits mehrfach Ziel von Angriffen der extremen Rechten. Der Kongress forderte daher von der ungarischen Regierung, die Verfolgung der Täter mit größerem Nachdruck zu betreiben. In Griechenland zeigt sich die mörderische Dimension des Neofaschismus. Die Delegierten schlugen dazu internationale antifaschistische Initiativen vor. Gegen offene Geschichtsrevision und die Rehabilitierung der SS in den baltischen Republiken will die FIR gemeinsam mit antifaschistischen Kräften der Region im Frühjahr 2014 vor Ort demonstrieren.

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! – das ist auch heute Verpflichtung für die FIR. Daher rief sie alle friedliebenden Kräfte auf, einen drohenden amerikanischen Militärschlag gegen Syrien zu verhindern und sich für eine nichtmilitärische Lösung des Konflikts einzusetzen.

Bemerkenswert ist, dass bei diesem Kongress zwei Verbände zur aktiven Mitarbeit in die FIR zurückgekehrt sind, der tschechische Verband der Freiheitskämpfer und die italienische ANPI. Damit setzt sich die Tendenz der letzten Jahre fort, dass die FIR auch im siebten Jahrzehnt ihres Bestehens als aktive und notwendige internationale Dachorganisation ehemaliger Veteranenverbände und heutiger antifaschistischer Strukturen gesehen wird. Dazu wird das mit großer Einmütigkeit gewählte neue Leitungsgremium seinen Beitrag leisten.

Zum Abschluss des Kongresses organisierte die Bulgarische Antifaschistische Union eine Exkursion durch Sofia, unter anderem zum Grab und Geburtshaus von Georgi Dimitroff. Für die Delegierte des FIR-Kongresses war es ein Anliegen, diesen großen Antifaschisten, dessen Auftreten vor dem Leipziger Reichstagsbrandprozess und auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale unvergessen ist, gemeinsam zu ehren.

Ulrich Schneider ■

Media Group, die die „Landser"-Hefte 1970 vom Erich Pabel Verlag gekauft hatte, ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. Das Ergebnis der konzerneigenen Untersuchung überraschte kaum: Die Hefte würden im Einklang mit den in Deutschland geltenden Gesetzen stehen. Doch ganz wohl ist dem Medienkonzern die Heftreihe anscheinend doch nicht mehr gewesen. Noch in der selben Erklärung wurde die Einstellung Publikation erklärt. Man habe die Vorwürfe zum Anlass genommen, den „Landser" „hinsichtlich der Portfoliostrategie des Unternehmens zu bewerten" heißt es unter anderem in der Stellungnahme.

Die Heftreihe „Der Landser" erschien seit 1957 wöchentlich im Pabel-Moewig Verlag (Bauer Media Group). Nach eigener Darstellung wurden in den Heften „Erlebnisberichte zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges" veröffentlicht. Die angeblichen Zeitzeugenberichte bemühten immer wieder den Mythos der „sauberen Wehrmacht". Die Hefte waren die erfolgreichste triviale Kriegsromanreihe mit einer zeitweisen Auflage von schätzungsweise einer halben Million Exemplaren pro Woche. Zwar sanken die Verkaufszahlen in der Bundesrepublik in den 1960er Jahren stark, nach der sogenannten Wiedervereinigung erlebten die Hefte aber eine Renaissance im Osten den neuen Bundesrepublik.

http://ino.blogsport.de/ ■

Ungarn geht gegen Minderheiten vor

Zwei Meldungen vom selben Tag werfen ein Schlaglicht auf die Entwicklung Ungarns hin zu einem autoritären Staat.

Die erste Meldung gilt einem Urteil gegen acht Roma, die Anhänger der faschistischen Jobbik-Partei angegriffen hatten. Das sei „Gewalt gegen eine Gemeinschaft", meinte das Berufungsgericht in Debrecen und sprach Urteile zwischen dreieinhalb und fünf Jahren und vier Monaten Haft aus. Vor diesem Vorfall war es 2009 zu mehreren Morden durch Faschisten an Roma gekommen – Selbstschutz von Roma, die zunehmend rechtlos gestellt werden, soll unterbunden werden.

Die zweite Meldung gilt einer neuen Gesetzgebung gegen Obdachlose. Sie dürfen sich künftig nicht mehr an Stätten des Weltkulturerbes aufhalten. Kommunen können Zonen bestimmen, an denen nicht mehr unter freiem Himmel übernachtet werden darf. Beides sind Schritte, Obdachlose aus dem Straßenbild zu verbannen. Bei Zuwiderhandlungen drohen als Strafen öffentliche Arbeit, Geldbußen oder Arrest. Noch letztes Jahr hatte das Verfassungsgericht ein ähnliches Gesetz für verfassungswidrig erklärt. Das wird diesmal nicht erwartet.

Die Fidesz-Partei, die mit absoluter Mehrheit herrscht, versucht eine ungarische Volksgemeinschaft zu schmieden, indem Minderheiten zum Draufschlagen feilgeboten werden. Eine „ungarische Identität" soll sich aller sozialen Widersprüche zum Trotz durch den gemeinsamen Hass gegen alles Außenstehende und Abweichende bilden.

F (FAZ, 2.10.13 ■

Es drohen fünf weitere Jahre Stillstand und Sozialabbau

Nationalratswahlen in Österreich

SPÖ und ÖVP haben Stimmen verloren, die absolute Mehrheit jedoch knapp gehalten. Aller Voraussicht nach werden sie wieder ins Koalitionsbett steigen. Die Unzufriedenheit in der Gesellschaft ist – mangels einer breit aufgestellten linken Alternative – einmal mehr von der Rechten kanalisiert worden.

Rot und Schwarz verloren jeweils rund 2 Prozent. Während etliche frühere SP-WählerInnen nicht wählen gingen, gab die ÖVP an diverse Parteien ab – stark an die Neos. Der Hetzer und Verulker humanistischer Werte („Nächstenliebe“) Strache konnte zwar vier Prozent dazugewinnen – und im ArbeiterInnenbezirk Wien Simmering 30 Prozent der Stimmen einfahren –, es sollte jedoch nicht vergessen werden, dass ein Gutteil der „neuen“ Stimmen von dem Haider-Konstrukt BZÖ stammt, das nunmehr aus dem Parlament geflogen ist.

Die Grünen konnten nur ganz leicht dazugewinnen. Deren Führung ist vor allem darauf bedacht „mitzuregieren“ (in Tirol mit VP-Platter; in Salzburg sogar mit Stronach!). Glawischnig biederte sich in Interviews auch der Industriellen-Vereinigung an. Ihr kuschelweicher Lamperl-Wahl„kampf“ („Saubere Umwelt, saubere Politik – Gemeinsam schaffen wir das“; „Bio macht schön“) tat sein Übriges.

Die – im Unterschied zur FPÖ nichtrassistische – Populismus-Variante von Stronach blieb weit unter den ursprünglichen Erwartungen. Die Überraschung des Abends waren die neoliberalen Neos, die die ÖVP, aber auch die Grünen anknabberten. Die KPÖ gewann rund 0,2 Prozent dazu und hält nun bei 1 Prozent der Stimmen.

Zersplitterte Proteste – Fehlen politischer Perspektiven

Die Tatsache, dass die Unzufriedenheit fast ausschließlich von der Rechten eingefangen wird, kann selbstredend nicht eindimensional erklärt werden. Auch in Österreich gibt es einen Berg ungelöster sozialer, ökonomischer und ökologischer Probleme: eine Million Menschen leben in Armut oder sind armutsgefährdet; die kollektive Verhandlungsstärke der Gewerkschaften wird untergraben; Österreich erreicht nicht einmal die harmlosen Kyoto-Ziele etc. Aber die Proteste gegen all diese Negativ-Entwicklungen sind vor allem sektoral und regional. Um nur ein Beispiel zu nennen: die umfangreichste Protestbewegung der letzten Jahre, die „Plattform 25“, die sich gegen die einschneidenden Sozialkürzungen im steirischen Budget wendet, hat ihren Widerstand nicht auf die gesamtösterreichische, bundespolitische Ebene gehoben. Wichtiges Potential für den Aufbau einer politischen Alternative links von der Soziaildemokratie und den Grünen ging so verloren.

Die Hoffnung stirbt zuletzt

Ich hoffe doch, dass der mehr als ernüchternde Wahlausgang von etlichen Linken nicht mit einem bloßen Achselzucken und Phrasen wie „So sind halt die Dinge bei uns – da kann man nix machen“ beantwortet wird. Ich schlage daher konkret vor, mit einem gewissen Abstand zu den Wahlen – etwa im November – einen gut vorbereiteten, breiten, gesamtösterreichischen LINKEN RATSCHLAG zu machen. Zentriert um 2 Punkte: solidarisches Bilanzieren der Wahlen und ihrer Folgen; Ausloten der Möglichkeiten gemeinsamen Handelns – auf der „Bewegungsebene“, aber auch allgemein politisch.

Hermann Dworczak ■

„Pro Köln“-Veranstaltung verhindert!

Köln. Am Sonntag den 13.10.2013 wollte die rechtspopulistische Partei „Pro Köln“ eine Mitgliederversammlung in Köln-Merheim abhalten. Eingeladen wurde für 15 Uhr in das „Brauhaus Goldener Pflug“. Das Brauhaus gehört zur Kölner Privatbrauerei Gaffel und befindet sich in der Olpener Straße 421. Die Mitgliederversammlung von „Pro Köln“ war als wichtige Veranstaltung deklariert worden, da es darum ginge, sich für die Kommunalwahl 2014 aufzustellen und ein Zeichen von der „Keimzelle der Pro Bewegung“ nach ganz Deutschland auszusenden. Im Mittelpunkt sollte die Nominierung der KandidatInnen für die Kölner Wahlkreise stehen.

Nicht gerechnet hatte „Pro Köln“ mit entschlossenen AntifaschistInnen, die der Veranstaltung, noch bevor sie beginnen konnte, ein Ende bereiten konnten. Die Veranstaltung musste abgesagt werden. Dies stellt einen großen Erfolg und gleichzeitig einen Auftakt dar, die Kommunalwahl 2014 für die RassistInnen von „Pro Köln“ zum Desaster werden zu lassen.

antifakoeln.blogsport.de/ ■

Keine Ruhe vor dem Thor-Steinar-Laden

Hannover. Erneut haben am 13.10. über 300 Menschen gegen den vor kurzem eröffneten Thor-Steinar-Laden lautstark demonstriert. An der Demonstration haben wieder viele Bewohnerinnen/Bewohner der umliegenden Häuser teilgenommen. In Gesprächen mit Anwohnerinnen/Anwohnern drückten diese erneut ihr Missfallen gegen den Laden aus. In den anliegenden Häusern zeigten Bewohnerinnen/Bewohner ihre Sympathie für den Protest.

Auf der Kundgebung wurden zwei Briefe von Anwohnerinnen verlesen, in denen diese ihre Empörung über den Laden zum Ausdruck brachten und die Schließung des Ladens verlangten. Eine Frau aus Glinde, Kreis Stormarn, wo ebenfalls seit längerer Zeit gegen einen Thor-Steinar-Laden Proteste organisiert werden, berichtete darüber und wünschte den Anwesenden viel Erfolg für ihr Anliegen.

Regelmäßig finden Stände in der Nähe des Ladens statt. Um die Anwohnerinnen/Anwohner zu infomieren, werden Flugblätter direkt und in ihren Briefkästen verteilt.

Auf Vermittlung eines Landtagsabgeordneten konnten einige junge Leute für eine halbe Stunde direkt vor dem Laden mit einem Transparent demonstrieren.

Die Eigentümergemeinschaft des Hauses, in dem sich der Laden befindet, konnte inzwischen erreichen, dass der Schriftzug sowie die Überwachungskamera über dem Geschäft entfernt werden mussten. Weitere Proteste sind angekündigt, bis der Laden verschwunden ist.

bee ■



„NS Verherrlichung stoppen! Nazis in Remagen entgegentreten“

Gegen den Naziaufmarsch am 23. November 2013 in Remagen

Ob Dresden, Bad Nenndorf oder auch die Aufmärsche für den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß in Wunsiedel Anfang der 2000er Jahre: sogenannte Gedenk- oder Traueraufmärsche stellen mittlerweile einen festen und wichtigen Bestandteil neonazistischer Erlebniskultur dar. Auch in Rheinland-Pfalz gibt es seit Jahren Bemühungen, einen solchen Aufmarsch in Remagen, einer Kleinstadt zwischen Koblenz und Bonn als Szene-Event zu etablieren. Wir, das Bündnis *NS Verherrlichung stoppen!*, wollen uns mit den lokalen und gesamtdeutschen Opfermythen kritisch auseinandersetzen. Vor allem aber werden wir dem Naziaufmarsch in Remagen entschlossen entgegentreten.

Die sog. „Rheinwiesenlager“

Am 7. März 1945 konnten alliierte Truppen überraschenderweise die damalige Ludendorff-Brücke, heute besser als „die Brücke von Remagen“ bekannt, einnehmen. … (Das) ermöglichte den amerikanischen Truppen und beteiligten belgischen und britischen Soldaten den ersten Vorstoß über den Rhein und damit ins Zentrum Nazi-Deutschlands. … Infolgedessen errichteten die Alliierten 18 bis 20 Gefangenenlager, die meisten entlang des linken Rheinufers, zwischen Büderich (bei Wesel, NRW) und Heilbronn. Diese provisorischen Einrichtungen dienten als Sammelstelle für unterschiedliche Gefangene und hatten die Funktion eines „Durchgangslagers“. … Durch die kurzfristige Errichtung der Lager, waren die Versorgungslage und die hygienischen Zustände anfangs schlecht, besserten sich dann allerdings schnell. … Im Remagener Rheinwiesenlager sind knapp 1200 Tote belegt, welche auch auf Friedhöfen in der Gegend um Remagen beerdigt sind. Nach seriösen Rechnungen sind in allen sogenannten „Rheinwiesenlagern“ insgesamt zwischen 5000 und 10 000 Insassen ums Leben gekommen.[1] Diese Zahl ist dabei in Relation zu der Gesamtanzahl von etwa 1 000 000 Gefangenen zu betrachten.

Die Naziaufmärsche und das deutsche „Gedenken“

Neonazis aus der Region haben bereits vor Jahren die sogenannten „Rheinwiesenlager“ für sich entdeckt. Ein erster, angemeldeter Aufmarsch fand symbolisch am 8. Mai 2005 statt. In den Jahren darauf gab es in Remagen und den umliegenden Orten durch die Neonazis kleinere Aktionen. Seit 2009 gibt es darüber hinaus wieder einen kontinuierlichen Aufmarsch, jeweils um den Volkstrauertag herum.

Federführend bei der Organisation sind, neben dem langjährigen Anmelder Christian Malcoci und Ralph Tegethoff, vor allem Personen des *Aktionsbüros Mittelrhein*. Tegethoff ist eine Führungsfigur der militanten Neonazis in Deutschland und Chef der Kameradschaft Sturm 08/12 aus dem Raum Bonn/Siegburg. Entscheidende Personen des Aktionsbüros Mittelrhein waren die Führungskader Sven Lobeck aus Mülheim-Kärlich bei Koblenz und Christian Häger aus Bad Neuenahr-Ahrweiler. Seitdem sich das ehemalige Aktionsbüro Mittelrhein wegen des Verdachts auf Bildung einer kriminellen Vereinigung vor Gericht verantworten muss, übernehmen insbesondere Kader der Nazi-Kleinstpartei „Die Rechte“ logistische Aufgaben. „Die Rechte“ ist aus der nordrhein-westfälischen Kameradschaftsszene hervorgegangen. Das Umfeld des ehemaligen Aktionsbüros Mittelrhein tritt mittlerweile unter dem Label „JN-Ahrtal“ als Jugendorganisation der Neonazipartei NPD auf. Der Aufmarsch in Remagen entwickelte sich in den letzten Jahren zu einer regelmäßigen Veranstaltung mit 200-300 TeilnehmerInnen, und damit zum größten Naziaufmarsch zwischen Köln und Frankfurt. Somit ist der Naziaufmarsch in Remagen zur größten jährlich stattfindenden Aktion der Naziszene in Rheinland-Pfalz geworden. Im Jahr 2012 bröckelte der Aufmarsch, nicht zuletzt bedingt durch staatliche Repression gegen die militante Kameradschaftsszene in NRW und dem nördlichen Rheinland-Pfalz, auf 160 TeilnehmerInnen.

Die Neonazis stilisieren bei ihrem Aufmarsch die sogenannten „Rheinwiesenlager“ zu „Konzentrationslagern“ der Alliierten, in denen systematisch Deutsche ermordet worden seien. Die von ihnen herbei halluzinierte Zahl von über einer Millionen Todesopfern beweist schon in Relation zu der Gesamtzahl der in den „Rheinwiesenlagern“ internierten Gefangenen reichlich Absurdität. In bester revisionistischer Manier setzen sie den deutschen Kriegsverbrechen des Nationalsozialismus und der millionenfach begangenen administrativen Vernichtung von Menschen einen angeblich von Alliierten initiierten Genozid ähnlichen Umfangs entgegen.

… Insbesondere in der lokalen Erinnerungskultur in den Regionen um die „Rheinwiesenlager“ herum ranken und nähren sich seit Kriegsende zahlreiche Mythen um Leid und Kriegsgefangenschaft. In Remagen konkret bildeten sich solche Mythen rund um die von dem NS-Bildhauer Adolf Wamper und Insassen des „Rheinwiesenlagers“ entworfene Lehmfigur „Schwarze Madonna“. Diese wird einmal jährlich in einer Kapelle in unmittelbarer Nähe zur „Mahnung“ an das ehemalige „Rheinwiesenlager“ ausgestellt. Das bürgerliche Gedenken in Remagen muss dabei auch im Kontext des bundesdeutschen Erinnerungsdiskurses betrachtet werden: Unter dem Deckmantel von „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ und humanitären Begründungen soll im Land der selbsternannten geläuterten Erinnerungsweltmeister zunehmend auch konstruierten deutschen Opfern gedacht werden. Die Ursache, der deutsche Angriffs- und Vernichtungskrieg, welcher für die Deutschen erst in Kriegsgefangenschaft mündete, wird temporär ausgeblendet. Oft wird dabei im Endeffekt Schuld und Leid abgerechnet, und Bomben auf deutsche Städte mit dem industriellen Massenmord verglichen. Deutsche TäterInnen und die damalige „Volksgemeinschaft“ werden somit nachträglich als Opfer rehabilitiert.

23. November – Den Nazis entgegentreten! In der Provinz! In Remagen!

Wir wollen es nicht hinnehmen, dass im fünften Jahr in Folge Neonazis in Remagen weitgehend ungestört aufmarschieren können. Antifaschistische Gegenproteste vor Ort wurden in den vergangenen Jahren kriminalisiert und klein gehalten.[2] Damit muss Schluss sein! Wir werden am 23. November 2013 solidarisch mit den fortschrittlichen Teilen der Zivilgesellschaft und aktiven Nazigegnern in der Provinz dem Naziaufmarsch entgegentreten. Gerade deshalb werden wir auch Teile des lokalen Gedenkens kritisieren. Ohne die Reflexion der Bedingungen und Verhältnisse, die zu deutschem Größen- und Rassenwahn führten und als eine deren Folge die sogenannten „Rheinwiesenlager“ entstanden, ist eine ehrliche und schließlich emanzipatorische Auseinandersetzung mit dem deutschen Nationalsozialismus nicht möglich.

…

NS Verherrlichung stoppen! Deutsche Mythen ins Wanken bringen! Gegen jeden Geschichtsrevisionismus!

Anmerkungen

1: Rüdiger Overmans (1995): Die Rheinwiesenlager 1945, in: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.): Ende des Dritten Reiches, Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau.

2: In Folge des Naziaufmarsches 2010 kam es zu massiver Repression gegen AntifaschistInnen, die zu zwei Gerichtsverfahren führte.

Mehr Infos:
www.remagensoli.blogsport.de
Aufruf: http://remagen2013.blogsport.de/aufruf/

Bespitzelung durch niedersächsischen Verfassungsschutz

Interview mit Carl Otto Bleichert

In Verbindung mit dem Skandal des Verfassungsschutzes Niedersachsen „Bespitzelung von Journalisten", wurde Carl Otto Bleichert mitgeteilt, dass „(...) er zu dem Personenkreis der sieben Personen gehört, der journalistisch oder publizistisch tätig ist (...)" und widerrechtlich vom Verfassungsschutz bespitzelt wurde und das Speicherungen zu seiner Person durch den Verfassungsschutz getätigt wurden.

Wie erhielten Sie diese Information?

In einem Schreiben, datiert vom 20. September dieses Jahres, teilte mir die Präsidentin des niedersächsischen Verfassungsschutzes, Maren Brandenburger, u.a. mit „Diesen öffentlich nicht namentlich benannten Personen zählen Sie zu. Die hier vorhandenen Erkenntnisse wurden gelöscht."

Was war Ihre Reaktion auf dieses Schreiben?

Erstmal war ich verblüfft, wie eine Behörde gehandelt hatte, obwohl ich in keiner Weise unrechtmäßig gehandelt habe und mich engagiere gegen die extreme Rechte. Zugleich war ich erzürnt darüber, dass ich als Betroffener vom Verfassungsschutz bespitzelt wurden bin. Sowie, dass mir als Betroffenem nicht mitgeteilt wurde, welche Daten über mich gesammelt wurden. Und dass ich bis heute nicht weiß ob ich observiert oder mein Telefon abgehört wurde oder wie diese Daten zustande kamen. Also mir diese Informationen vorenthalten werden, mit der lakonischen Formulierung, dass die Daten „gelöscht" wurden. Obwohl es gesetzlich ausgereicht hätte, diese zu sperren und mir als Betroffenen zugänglich zu machen. Dieses Handeln rief bei mir Erinnerungen von jüngsten Handlungen anderer Verfassungsschutzbehörden wach, in Verbindung mit dem NSU-Komplex, als dort Akten geschreddert wurden.

Hat diese Nachrichten Auswirkungen auf Sie selber gehabt?

Habe überlegt, ob Personen in meinem Bekannten- und Freundeskreis Zuträger dieser Behörde sind. Ein ungutes Gefühl habe ich, wenn ich an Telefonate im Familien- und Freundeskreis denke, wo private Dinge besprochen wurden, ob diese abgehört wurden und wie diese be- und verwertet wurden. Ein ungutes Gefühl beschleicht mich, seit ich diese Nachricht erhalten habe, ich bin misstrauischer geworden.

Haben Sie eine Entschuldigung für dieses Handeln der Verfassungsschutzbehörde oder und des niedersächsischen Innenministeriums erhalten?

Mit keiner Silbe. Nur wie eben mitgeteilt, dieses Schreiben.

Haben Sie eine Vermutung in welchen Zusammenhang es zu dieser Personen bezogenen Datensammlung Ihrer Person beim niedersächsischen Verfassungsschutzes kam?

Ich kann nur mutmaßen, da mir nicht mitgeteilt wurde, welche „Erkenntnisse" über mich gespeichert waren. Vielleicht steht es im Zusammenhang damit, dass ich presserechtlich verantwortlich für Publikationen der Partei DIE LINKE gezeichnet habe. Vielleicht lag es daran, dass ich an der Recherche für die Publikation „Lageplan Neonazis in Niedersachsen" der niedersächsischen Landtagsfraktion DIE LINKE beteiligt war. Vielleicht an der Recherche über den ehemaligen Nazi-Kader Heiko Ebbenga, an der ich mitgewirkt habe und die schließlich zu dem Ergebnis führte, dass öffentlich gemacht werden konnte, das Ebbenga inzwischen Mitglied der CDU im Kreisverband Holzminden geworden war. Immerhin ist dies der Kreisverband, indem der ehemalige niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann, der für den Verfassungsschutz zuständig war, das Amt des Kreisvorsitzenden inne hatte. Vielleicht auch, weil ich in anderen Zusammenhängen über die extreme Rechte u.a. im südlichen Niedersachsen recherchiert habe und hierzu berichtete.

Sind dies alle Punkte, die Sie in diesem Zusammenhang sehen?

Nein, ich könnte die „vielleicht" Reihe weiter fortsetzen. Aber ich möchte es hierbei belassen, zwei mögliche Punkte doch noch hierzu: Es lag vielleicht auch daran, dass ich in verschiedenen Orten an Informationsveranstaltungen und Podiumsdiskussionen teilgenommen und über das Handeln der extremen Rechten informiert und aufgeklärt habe. Sowie, dass ich in meiner heimatlichen Region mich für die Aufarbeitung und somit der Recherche der regionalen Geschichte in der Zeit des Nationalsozialismus eingesetzt habe. Ich kann nur mutmaßen, da ich keinen Einblick in diese Datenerhebung habe.

Besteht auch die Möglichkeit des Anlasses, dass Sie als Mitglied des Rates der Stadt Bad Gandersheim, in der Sie für DIE LINKE gewählt wurden und sich gegen den geplanten NPD-Landesparteitag 2010 in ihrer Stadt einsetzten und die Proteste dagegen mitorganisiert haben?

Das kann alles sein, aber ich habe ja keinen Einblick in die Daten die über mich widerrechtlich gespeichert wurden. Grotesk finde ich es schon, wenn ich einerseits im nach hinein zu dem geplanten NPD-Landesparteitag vom Bürgermeister der Stadt Bad Gandersheims eine Danksagung für das Engagement und das Handeln gegen den geplanten NPD Landesparteitag erhalten habe, und zugleich mit dazu beigetragen habe, dass das Bild Bad Gandersheims in diesen Zusammenhang über unsere Region hinaus positiv medial dargestellt wurde. Zugleich musste ich jetzt erfahren, dass der niedersächsische Verfassungsschutz mich bespitzelt hat.

Warum haben Sie den Schritt an die Öffentlichkeit jetzt getan?

Habe erst überlegt, ob ich so handele oder nicht. Bin zu dem Ergebnis gelangt, das es wichtig ist, das Aufklärung über das Handeln des niedersächsischen Verfassungsschutzes stattfindet, das diese Zusammenhänge öffentlich gemacht werden. Wie diese Landesbehörde gehandelt hat, dies ist nicht für das „stille Kämmerlein" bestimmt, sondern gehört an die Öffentlichkeit. Es beschleicht mich der Verdacht, das der ehemalige niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann sein Amt und somit den Verfassungsschutz für seine und die Belange der CDU missbraucht hat. Diese Handlungsweise – die ein eklatanter Verstoß gegen Grundrechte und somit gegen das Grundgesetz darstellt – gehört an die Öffentlichkeit.

Welche Auswirkungen hat dieses Handeln des Verfassungsschutzes für Sie?

Es hat unter Umständen zu Vertrauensverlusten bei denjenigen geführt, die mich über das Handeln von extremen Rechten Strukturen informiert haben. Gerade bei Recherche ist die Vertrauensbasis ein sehr hohes Gut und erwächst nicht von allein, sondern langsam. Es wird ein langer Weg sein um das Vertrauen wieder zu gewinnen. Zumal diese Informationen, diese Mosaiksteichen, wichtig sind um über die extreme Rechte in unserem Land zu recherchieren. Um somit aufzuklären. Sinnbildlich gemeint „Ross und Reiter" zu benennen. Um auf diesem Wege, Handlungsmöglichkeiten gegen rechts zu eröffnen.

Welches sind Ihre nächsten Schritte, werden auch Sie wie Andrea Röpke und Kai Budler, gegen das Handeln des Verfassungsschutzes juristisch vorgehen?

Das werde ich, habe hierfür Rechtsanwalt Sven Adam aus Göttingen mit meiner Vertretung beauftragt. So wird es Anfragen an einige Landesbehörden und an die Bundesbehörde des VS, zwecks Auskunftserteilung geben. Zugleich werden wir Klage erheben gegen den niedersächsischen VS, mit der Zielsetzung die gelöschten Daten wieder zurückzuholen und uns zugänglich zu machen. Weitere Schritte behalten wir uns vor.

Carl O. Bleichert
Landessprecher Landesarbeitsgemeinschaft Antifaschismus DIE LINKE.Niedersachsen; Für DIE LINKE im Rat der Stadt Bad Gandersheim

Alternative für Deutschland (AfD):

Richtungskämpfe im Vorstand

Nachdem die Islamhasser-Partei „Die Freiheit" die Einstellung ihrer landes- und bundespolitischen Tätigkeiten zugunsten der AfD erklärt hatte, trat Bernd Lucke für den AfD-Bundesvorstand mit der Erklärung an die Öffentlichkeit, keine „Freiheit"-Mitglieder mehr aufnehmen zu wollen.

Der „Freiheit"-Vorsitzende René Stadtkewitz begründete den Rückzug seiner Partei damit, dass es mit der AfD „erstmals eine bürgerlich-liberale Partei geschafft (hat), sich eine realistische Chance zu erarbeiten, bereits im kommenden Jahr in zahlreichen Parlamenten vertreten zu sein", und „ein Vergleich der Programme zeigt, die Ziele der AfD decken sich zu min. 90% mit unseren". (1)

Diese Erklärung hat in der AfD-Chefetage für Beunruhigung gesorgt, nur einen Tag später veröffentlichte sie einen „weitreichenden Aufnahmestopp für ehemalige Mitglieder der Partei ‚Die Freiheit' und anderer Kleinparteien …, deren Mitglieder eine islamophobe und latent fremdenfeindliche Einstellung haben. … Lediglich in gut begründeten Ausnahmesituationen, etwa wenn die Mitgliedschaft schon längere Zeit zurückliege, soll eine Aufnahme künftig noch möglich sein. ‚Die Regel ist jetzt, dass nicht aufgenommen wird', erklärt Lucke." (2)

Widerstand gegen Lucke

Dagegen erhob schnell lautstarker Protest – nicht nur an der Facebook-Basis der Partei. Während sonst Luckes Wort in der AfD gilt wie das des Papstes in der katholischen Kirche, kam Widerspruch diesmal aus dem AfD-Vorstand. Frauke Petry, gleichberechtigte Vorstandssprecherin und Landesvorsitzende Sachsen: „Wir werden ehemalige Mitglieder der Freiheit nicht generell als rechtspopulistisch abqualifizieren. … Ein pauschaler Aufnahmestopp kann nicht ohne parteiinterne Diskussion verhängt werden."

Laut Petry war der Ausgrenzungsbeschluss im Bundesvorstand nicht abgesprochen worden, des Weiteren habe dieser auch keine Befugnis, unteren Parteigliederungen Vorgaben zu machen. Brandenburgs Landesvorsitzender Alexander Gauland war „nicht glücklich über die etwas überspitzte Mitteilung Luckes"; der thüringische AfD-Sprecher Matthias Wohlfarth äußerte, das Programm der „Freiheit" stimme „in vielen Punkten mit dem der AfD überein", beim Thema Islamkritik dürfe es „keine Denkverbote" geben. (3)

Auf der AfD-Facebook-Seite fanden wilde und erregte Debatten statt, in denen die IslamophobikerInnen die Oberhand hatten. In Rechnung zu stellen ist, dass dieses Spektrum bei Weitem nicht nur aus „Freiheit"-Leuten besteht, sondern am rechten Rand der Gesellschaft ein breiter rassistischer Konsens herrscht. Außerdem waren zuvor bereits zahlreiche „Freiheit"-Mitglieder in die AfD übergetreten; Stadtkewitz spricht von etwa 350, zu denen er teilweise noch guten Kontakt haben will. (4)

Der Kreisverband Braunschweig erklärte ganz unumwunden, sich nicht an den Vorstandsbeschluss halten zu wollen und verlangt, „Frau Metzger eine Rüge auszusprechen und die Kooptation dieser Person sowie ihre weitere Beschäftigung innerhalb der AfD zu überdenken" (5) – Dagmar Metzger ist die Presseverantwortliche der Partei und hatte die Presserklärung veröffentlicht, weshalb der Zorn der RassistInnen sich zunächst gegen sie richtete, bis Lucke seine Urheberschaft bekannt gab. (6)

Hat Lucke sich durchgesetzt?

Eine Woche darauf erschien erneut eine Presseerklärung, die den ursprünglichen Abgrenzungsbeschluss zur „Freiheit" und ähnlichen Gruppierungen bekräftigte und mit der Petrys und Gaulands eigenmächtige Aussagen zurückgenommen wurden (in „völlige(r) Übereinstimmung", wie es heißt). „Frühere Mitglieder von Kleinparteien an den politischen Rändern oder mit sektiererischen Ansichten sind uns nicht willkommen." Die AfD werde keine Mitglieder mit ausländerfeindlichen, antisemitischen, rassistischen oder islamfeindlichen Ansichten dulden. (7)

Ob Lucke sich mit dieser Erklärung durchgesetzt hat oder ob es sich lediglich um eine für die Öffentlichkeit bestimmte Sprachregelung handelt und in der Praxis jeder Landesverband machen kann, was er will, bleibt unklar. Die Auseinandersetzung innerhalb des Vorstands ist nicht transparent – nach dem Affront von Petry und Gauland gegen Lucke dürfte es aber heftiger zugegangen sein.

Dass sich die Ostverbände und allen voran Petry gegen eine Abgrenzung nach rechts zur Wehr setzten, dürfte kein Zufall sein. Diese Verbände punkteten in den letzten Wochen des Wahlkampfs, als die AfD begann, stärker mit Anti-Migrations-Parolen zu werben. Schon in den Wochen zuvor wurden „Freiheit"-Mitglieder in Sachsen in wichtige Positionen gebracht. Aus der „Freiheit" kamen die AktivistInnen, die den AfD-Wahlkampf auch in Regionen organisierten, wo der AfD Strukturen fehlen. (8)

Die weitere Entwicklung…

… bleibt abzuwarten. Während liberalere AfD-AnhängerInnen hoffen, mit der Abgrenzung zu der Islamhass-Partei wäre ein Befreiungsschlag gegen die RassistInnen gelandet worden, steht eher zu befürchten, dass es der Führungscrew lediglich darum ging, die innerparteilichen Kräfteverhältnisse sich nicht durch weiteren Zuzug aus der „Freiheit" verschieben zu lassen. Gegen die RechtsextremistInnen und IslamophobikerInnen, die sich bereits innerhalb der Partei tummeln, wird zumindest vorerst nicht vorgegangen. Der Versuch eines Spagats zwischen demokratischer Fassade und Fischen in rechten Gewässern geht somit weiter.

Die Abgrenzung zur „Freiheit" könnte für die Parteiführung auch ein Testballon gewesen sein, wie weit sie gehen kann, ohne dass die Mitglieder ihr ihre nahezu bedingungslose Gefolgschaft aufkündigen. Auf der Facebook-Seite jedenfalls hatte es den Anschein, dass nur noch Luckes persönliche Autorität die Position der Führung gegenüber der Mitgliedschaft retten konnte.

F ■

1) Erklärung Stadtkewitz für „Die Freiheit", 30.9.13
2) Pressemitteilung der AfD auf ihrer Webseite, 1.10.13
3) Der Spiegel, 41/13
4) Der Spiegel, 36/13
5) Webseite „Journalistenwatch", 6.10.13
6) AfD-Facebook-Seite, 1.10.13
7) AfD bekräftigt restriktive Aufnahmepolitik, Webseite der AfD, 8.10.13
8) Jochen Schröder, in: Alternativer Newsletter, 25.9.13

Schnipsel zur programmatischen Entwicklung der AfD:

Gegen Mindestlohn

Erneut hat sich Lucke gegen einen Mindestlohn ausgesprochen. Anlässlich entsprechender Forderungen des französischen Industrieministers, um den unfairen deutschen Wettbewerbsvorteil zu beenden, und des Vorschlags einer teilweise gemeinsamen Arbeitslosenversicherung durch den EU-Sozialkommissar, äußerte er, dieses „Denken ist in seiner Falschheit durchaus konsequent ... Im Endeffekt läuft es immer auf dasselbe hinaus: Da das Euro-Regiment die nationalen Handlungsmöglichkeiten einschränkt, sollen sich die anderen Euro-Staaten nach unten anpassen." (PE der AfD, 4.10.13)

Für Sozialdarwinismus

In einem Interview äußerte Parteisprecher Konrad Adam: „Die Leistungsempfänger sind gegenüber den Leistungsträgern seit langem auf dem Vormarsch, inzwischen dürften sie in weiten Bereichen die Mehrheit erobert haben. So entsteht die Figur des Betroffenen, des Anspruchsberechtigten, der sich vom Bürger dadurch unterscheidet, dass er vom Staat nahezu alles erwartet, aber nichts für ihn tun will." (Deutsche Wirtschafts-Nachrichten, 6.10.13)

Frühling im Oktober für den Front National?

Eine dicke Zahl ziert das Titelblatt des sozialliberalen Wochenmagazins Le Nouvel Observateur in seiner neuesten Ausgabe vom 10. Oktober 2013. Sie lautet: „24 %", und der Untertitel dazu: „Die Umfrage, die Angst bereitet." Es handelt sich um eine Anfang Oktober dieses Jahres durchgeführte Repräsentativbefragung unter knapp 1900 ausgewählten Französinnen und Franzosen, im Hinblick auf die im Mai 2014 bevorstehenden Europaparlamentswahlen. Demnach würde der Front National (FN) unter den antretenden Parteien mit 24 % der abgegebenen Stimmen in Frankreich auf dem ersten Platz landen. An zweiter Stelle stünde die konservativ-wirtschaftsliberale UMP mit 22 %, gefolgt von der Sozialdemokratie auf dem dritten Platz mit 19 %. Im Hintergrund des Titelblatts sieht man das Konterfei der Parteichefin des FN, Marine Le Pen. Die Umfrage wurde natürlich kurz nach ihrem Erscheinen vielfach kommentiert.

Bezirksparlamentswahl in Brignoles

Knapp 49 Prozent im ersten Wahlgang: so lautet unterdessen das Ergebnis der extremen Rechten bei der Bezirksparlamentswahl im südostfranzösischen Brignoles, im Hinterland der Côte d'Azur. Ihr erster Wahlgang fand am Sonntag, den 6. Oktober d. J. statt. Die Stichwahl an diesem Sonntag, den 13. Oktober – nach Redaktionsschluss dieses Artikels – trugen nun Konservative (UMP) und extreme Rechte unter sich aus; die Linksparteien waren nach dem ersten Durchgang dieses Mal nicht mehr präsent. Der gemeinsame Kandidat von Sozialdemokraten und Parteikommunisten – die Letzteren stellen den Bürgermeister von Brignoles –, Laurent Carratala, erhielt nur 14,6 Prozent; hinzu kommen 8,9 Prozent für die Kandidatin der in Paris mit den Sozialdemokraten zusammen regierenden Grünen. Beide Parteien „bezahlten" mit hoher Wahrscheinlichkeit vor allem die Unpopularität der Regierungspolitik auf nationaler Ebene.

Und dies, obwohl ein Parteifreund Carratalas, eben der Bürgermeister der Stadt Brignoles – Claude Gilardo –, bei der letzten Wahl für denselben Bezirksparlamentssitz, im Juli 2012, noch eine Mehrheit errungen und den Sitz erobert hatte. Die Wahl in Brignoles musste infolge von Anfechtungen gleich zweimal hintereinander wiederholt werden. Im März 2011, als die Bezirksparlamentswahlen überregional durchgeführt wurden, hatte der Front National (FN) in der Stichwahl eine hauchdünne Mehrheit von 50,0 Prozent mit fünf Stimmen Vorsprung erhalten. Beim darauffolgenden Mal hatte er verloren, doch es fehlten ihm (wiederum in der Stichwahl) nur dreizehn Stimmen zur absoluten Mehrheit. Nunmehr galt es bis zum vorigen Sonntag – die Auszählung fand nach unserem Redaktionsschluss statt – als sehr wahrscheinlich, dass die rechtsextreme Partei das Mandat erneut erobern könne.

Der Sitz von Brignoles war 2011, und wäre auch jetzt erneut, der erste und einzige Sitz für den Front National in den Bezirksparlamenten: Diese werden nach dem Mehrheits-, und nicht nach dem in manchen anderen Wahlgängen geltenden Verhältniswahlrecht besetzt. Umso höher war der Symbolwert dieser Bezirksparlamentswahl. Auch wenn der Erfolg der extremen Rechten aufgrund der geringen Stimmbeteiligung – 67 Prozent enthielten sich im ersten Durchgang der Stimme – relativiert werden muss, weil ihr Ergebnis in absoluten Zahlen kaum wächst.
(*Anm: der FN-Kandidat erhielt 53,9 Prozent, womit die extreme Rechte erneut gewonnen hat; Red.*)

Kommunalwahlen in ganz Frankreich

Jenseits davon werden in ganz Frankreich am 23. und 30. März 2014 die Rathäuser neu gewählt. Dafür steht der Front National vielerorts bereits in den Startlöchern: 700 Spitzenkandidaten und -kandidatinnen hat die rechtsextreme Partei bereits aufgestellt. Sie will in den meisten großen und mittleren Städten gegen die anderen Parteien antreten, während in den kleinen und sehr kleinen Kommunen oft nur parteifreie „Listen für das kommunale Gemeininteresse" antreten, so dass für eigene Listen wenig Raum bleibt. Am 3. Oktober 2013 wird Christophe Borgel, der für die Vorbereitung der Wahlen zuständige Parteisekretär bei den Sozialdemokraten, in der konservativen Tageszeitung Le Figaro mit den Worten zitiert, eventuell könne der FN sein Ergebnis bei der Präsidentschaftswahl 2012 (frankreichweit im Durchschnitt 17,9 Prozent) im jetzigen Klima vielerorts noch um „zehn bis fünfzehn Prozentpunkte" übertreffen.

Die rechtsextreme Partei ihrerseits bemüht sich vielerorts um ein eher untypisches, auf den ersten Blick überraschendes Auftreten. Dazu passt im Übrigen, dass Marine Le Pen am 2. Oktober an die Öffentlichkeit ging und behauptete, ihre Partei sei „nicht rechts" und wende sich „erst recht gegen die Bezeichnung ‚rechtsextrem'" – es handele sich dabei nur um eine Suggestivformulierung von Journalisten, um ihre Partei „in denselben Topf mit (Andres Behring) Breivik und ‚Goldene Morgenröte' (in Griechenland)" zu stecken. Im selben Atemzug drohte sie mit Strafverfolgungen gegen alle, die diese Formulierung in Zukunft noch benutzen sollten. Gar so neu ist dieses Vorgehen allerdings nicht: Ihr Vater Jean-Marie Le Pen hatte im Jahr 1995 denselben Anspruch im Umgang der Presse mit seiner Partei erhoben. (AN berichteten damals.) Daraufhin erstattete er Strafanzeige gegen die Tageszeitung Libération, die eine Gegendarstellung nicht abdrucken wollte, in der er jeden rechtsextremen Charakter seiner Partei dementieren wollte. Im Januar 1997 verlor er jedoch in zweiter Instanz. – Zurück in die Gegenwart: Am 7. Oktober dieses Jahres wurde dann bekannt, Marine Le Pen habe in dieser Sache eine erste, exemplarische Strafanzeige gegen das sozialliberale Wochenmagazin Le Nouvel Observateur erstattet. Noch am selben Abend dementierte die FN-Vorsitzende dies jedoch.

„Unerwartete" Profile

Mitunter hat der FN jetzt sehr junge Bewerberinnen und Bewerber aufgestellt, in Strasbourg kandidiert beispielsweise die 21jährige Julia Abraham auf dem zweiten Listenplatz. Ungewöhnlicher noch erscheint, bei oberflächlicher Betrachtung, das Profil anderer Kandidaten. In Saint-Martin-d'Hères – im Umland von Grenoble – etwa tritt als Spitzenkandidat für den Front National ein früheres Mitglied der Sozialistischen Partei an, Mungo Shematsi, ein Franzose togolesischer (also westafrikanischer) Abstammung. Mancherorts treten bekennende Homosexuelle, wie im elften Pariser Bezirk, oder Franzosen migrantischer Herkunft an, die sich vom offiziell auf „Öffnung" abzielenden Diskurs von Marine Le Pen beeindrucken lassen. Dieser wendet sich zwar scharf gegen jede Zuwanderung, behauptet aber zugleich, die eingebürgerten „Landsleute mit ausländischen Wurzeln" integrieren zu wollen, und wendet sich hauptsächlich gegen angeblich integrationswillige Muslime als Hauptgegner oder Hauptzielscheibe feindseliger Projektionen. Davon können sich auch manche Franzosen mit ausländischen Eltern angezogen fühlen, in der Hoffnung, dadurch ihre besonders gute „Integration" unter Beweis zu stellen. Naiv oder nicht – es sind einige Bewerber mit eher

→

Roma, Zielscheibe im Vorwahlkampfklima – für fast alle Parteien

Ein kleiner Mann will hoch hinaus. Sein politisches Sprungbrett ist das Innenministerium, aber er strebt nach höheren Weihen. Bei Polizisten ist er als Vorgesetzter beliebt. Offen erklärte er seine Ambitionen für das höchste Staatsamt, während er gleichzeitig mit seiner Gattin in der Regenbogenzeitschrift Paris Match posierte. Auf seinem Weg nach oben gehören – neben anderen – auch die Roma zu den Gruppen, die bei Bedarf zur Profilierung auf ihre Kosten herhalten müssen.

Nein, die Rede ist nicht vom ehemaligen Innenminister und späteren Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy, sondern von seinem sozialdemokratischen Nachfolger im Innenministerium, Manuel Valls. Auch wenn gewisse Ähnlichkeiten nicht abzustreiten sind. Vor gut einem Jahr konnte es noch als übertriebene Behauptung von Linksradikalen durchgehen, unter dem rechten Sozialdemokraten Valls würden mehr Roma abgeschoben oder aus ihren provisorischen Siedlungen zwangsgeräumt als zuvor unter der Rechtsregierung. Doch inzwischen hat die Wirklichkeit die Diskussion darüber eingeholt.

Ende September dieses Jahres veröffentlichten die französische Liga für Menschenrechte (LDH) und Amnesty international dazu Zahlen. Bezüglich Zwangsräumungen lauten sie: Im Sommer und Herbst 2010 betrafen sie über 9000 in Barackensiedlungen und provisorischen Behausungen lebende Roma, im ganzen Jahr 2012 – das in Frankreich zur Hälfte durch eine Rechtsregierung und zur Hälfte von Sozialdemokraten regiert war – waren es 11 982. Und im laufenden Jahr waren es bereits in den ersten sechs Jahresmonaten 10 174.

Dabei ist es nicht so sehr der Abriss von Elendssiedlungen ohne Wasseranschluss und mit schlechten hygienischen Bedingungen – die Gesamtzahl ihrer als Roma geltenden Bewohner in Frankreich wird mit knapp 17 000 angegeben – als solcher, der von einigen Stimmen kritisiert wird. Sondern die Tatsache der puren Zerstörung von Wohnraum und Hausrat, ohne den Betroffenen jegliche positive Alternative zu bieten. Würden ihnen Umzugsmöglichkeiten gegeben, wäre es anders zu bewerten. Doch stattdessen verlieren sie in aller Regel nur ihre Habe, um sich in noch schlechterer Situation einige Kilometer weiter anzusiedeln. Die Regierungspolitik konnte auf diese Weise dem Wahlvolk ihren Handlungswillen unter Beweis stellen – während dieser auf fast allen anderen Gebieten ausbleibt, vor allem auf der sozial-ökonomischen Ebene wird einfach nur das Bestehende verwaltet und Durchwursteln in Krisenzeiten betrieben –, das „Problem“ wurde nur verschoben, und die Hauptbetroffenen stehen noch schlechter da.

Manuel Valls hat sich entschieden, das Ganze mit martialischen Sprüchen zu begleiten. Und darin ähnelt er, unter anderem, seinem illustren Vorgänger Nicolas Sarkozy. Am 24. September 2013 gab er dem Sender Radio France Inter ein Rundfunkinterview, das einigen Zündstoff enthielt. Darin erklärte er: „Diese Bevölkerungen haben Lebensweisen, die sich extrem von den unseren unterscheiden, und die natürlich in Konfrontation mit ihnen stehen.“ Auf diese Weise kulturalisierte und naturalisierte er Wohn- und Lebensstile, die sich überwiegend aus einer sozialen Situation und einer seit anderthalb Jahrhunderten während Ghettoisierung – seitdem die Roma in Südosteuropa um 1850 offiziell aus der Sklaverei entlassen wurden – erklären. Valls fügte hinzu, „nur eine Minderheit“ könne sich überhaupt in Frankreich „integrieren“. Und einige Tage darauf präzisierte er, die in einigen Kommunen erprobten Übergangssiedlungen und Integrationsversuche könnten höchstens „nur einige Dutzend Familien betreffen“.

Einer der Kernsätze aber lautete: „Die Roma sind dazu berufen, nach Rumänien und Bulgarien zurückzukehren.“ Dieses wie ein objektives Naturgesetz formulierte Postulat mit seiner Kernaussage – ont vocation à, also „sind berufen dazu“ – behauptet einen unentrinnbaren Zwang, und gerade diese Aussage wurde in der Folgezeit viel kommentiert. Der frühere KP-Abgeordnete Jean-Claude Lefort verfasste daraufhin einen vielbeachteten offenen Brief an Valls, in dem der Verfasser seine eigene „Zigeunerherkunft“ herauskehrt. Darin schreibt er, Valls sei auf ähnliche Weise bei seiner Volljährigkeit „berufen“ gewesen, nach Spanien zurückzukehren: Der spätere Politiker wurde in Barcelona geboren, und da die Franco-Diktatur in seiner Jugend vorbei war, entfielen nach innenministeriellen Maßstäben dann theoretisch die Aufenthaltsgründe für Valls‘ Familie – sein Geburtsland war damals noch nicht in der Europäischen Gemeinschaft.

Flügelflattern im Regierungslager

Valls‘ Erklärungen riefen jedoch Ende September d. J. zum ersten Mal auch lautere Gegenstimmen bis hinein ins Regierungslager hervor. Die grüne Wohnungsbauministerin Cécile Duflot meldete sich mit der Bemerkung zu Wort, Valls sei „über das hinausgegangen, was den republikanischen Pakt“ – also den demokratischen Gesellschaftsvertrag – „gefährdet“. Dies erklärte sie bei einer Abgeordnetentagung ihrer Partei in Angers. Auch wenn Cécile Duflots Vorstoß nebenbei auch durchsichtigen Profilierungsbedürfnissen diente, die mit Ereignissen drei Tage

Fortsetzung Seite 10 unten

---

unerwartetem Profil, die dadurch auf die Listen des FN kamen.

Die Parteiführung kalkuliert wohl, die harte Kernwählerschaft, die eher auf „Ausländer raus“ orientiert ist, werde ohnehin für den FN stimmen, da ihnen kein anderes Politikangebot näher stehen könnte – und nun müsse man die potenzielle Wählerklientel über diesen Sockel hinaus erweitern. Allerdings schaffen es andere rechtsextreme Kräfte bisweilen, ihm kleinere „Marktanteile“ abzunehmen. In Brignoles erhielt beispielsweise der Bewerber des FN, Laurent Lopez, 40,4 Prozent der Stimmen. Aber ein weiterer rechtsextremer Kandidat trat als „Dissident“ der Partei an: Jean-Paul Dispard, er erhielt 9,1 Prozent. Dispard war zunächst – 2011 – als Bewerber des FN angetreten und hatte den Sitz für ihn gewonnen. Doch im Laufe der Zeit erschien der Kandidat zu aggressiv und im Auftreten nicht geschmeidig genug. Weil er sich nicht mit seiner Absetzung als Kandidat abfinden mochte, trat Dispard nun für die Splitterpartei PdF (Parti de la France) an, eine aus Hardlinern gebildete Abspaltung vom FN, die Anfang 2009 von dessen früherem Spitzenfunktionär Carl Lang gegründet worden war. Am Tag nach dem ersten Wahlgang rief Dispard nunmehr zur Wahl des Kandidaten der konservativ-wirtschaftsliberalen UMP, gegen seine frühere Partei, auf.

Den Rathauswahlkampf lancierte Marine Le Pen mit einem großen Auftritt am 15. September in Marseille, anlässlich der „Sommeruniversität“ in Paris. An ihr nahmen rund 4000 Menschen teil, rund 2000 bis 3000 demonstrierten im Stadtzentrum von Marseille dagegen. Kurz zuvor hatte eine Umfrage ergeben, in Marseille könne die konservative UMP mit 34 Prozent der Stimmen bei der Rathauswahl rechnen, der FN mit 25 Prozent und dem zweiten Platz, und die Sozialistische Partei mit 21 Prozent und dem dritten Platz.

Bernard Schmid, Paris ■

Flüchtlingskatastrophe: Tödliche Folge der europäischen Abschottungspolitik

Mit Trauer, Wut und Empörung reagiert Pro Asyl auf das Sterben von schutzsuchenden Menschen vor Lampedusa. „Europa schließt seine Grenzen und heuchelt dann Betroffenheit, wenn die Folgen des Ausbaus zur Festung sichtbar werden", sagte Günter Burkhardt, Geschäftsführer von Pro Asyl. Pro Asyl fordert die Öffnung der Grenzen Europas für Flüchtlinge.

Die Toten vor Lampedusa sind Folge der immer effektiveren Abriegelung der europäischen Außengrenzen. In den letzten Monaten hatte die EU vor allem die Landgrenze zur Türkei für Schutzsuchende abgeriegelt. Damit wurde einer der wichtigsten Fluchtwege nach Europa verschlossen. Die Folge ist, dass Flüchtlinge nun wieder verstärkt auf den noch gefährlicheren Weg über das offene Meer ausweichen.

Angesichts dessen ist es überaus zynisch, wenn nun angesichts der Toten EU-Kommissarin Cecilia Malmström eine noch härtere Grenzüberwachung fordert. Malmström hatte formuliert: „Wir müssen unsere Anstrengungen verdoppeln im Kampf gegen Schleuser, die menschliche Hoffnungslosigkeit ausbeuten", teilte die Schwedin über den Kurznachrichtendienst Twitter mit. „Dies blendet die zentrale Verantwortung der EU und ihre Mitgliedsstaaten an diesem Massaker im Mittelmeer aus", sagte Karl Kopp, Europareferent von PRO ASYL.

Wer dieses Massensterben beenden will, muss Flüchtlingen den legalen und gefahrenfreien Weg nach Europa eröffnen. Nur eine andere Flüchtlingspolitik, die beispielsweise Flüchtlinge aus Somalia oder Eritrea aus dem libyschen Transit legal einreisen lässt, kann derartige Tragödien verhindern.

In Deutschland leben zahlreiche Flüchtlinge eritreischer und somalischer Herkunft. Sie müssen zusehen, wie Angehörige und Freunde verzweifelt vor den geschlossenen Grenzen Europas stehen und deshalb lebensgefährliche Fluchtrouten auf sich nehmen müssen. Eine der Fluchtrouten eritreischer Flüchtlinge führt durch den Sinai. Dort werden hunderte eritreische Flüchtlinge gekidnappt und gefoltert, bis ihre Verwandten Lösegeld entrichten. Auch dies ist eine Folge der europäischen Abschottungspolitik.

Die Länder Europas dürfen nicht länger zusehen, wie Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten vor verschlossenen Grenzen stehen und dann verzweifelt versuchen, ihr Leben zu retten und dabei elend zugrunde gehen.

PRO ASYL fordert einen völligen Neubeginn in der Flüchtlingspolitik Europas. Die Abschottungspolitik der beiden letzten Dekaden ist gescheitert. Der tausendfache Tod von Flüchtlingen an den Außengrenzen Europas bedeutet den moralischen Bankrott der Flüchtlings-und Menschenrechtspolitik der EU.

Quelle: Presseerklärung PRO ASYL 04.10.2013 ■

EU-Innenminister: Abschreckung statt Rettung

Nach dem Treffen der EU-Innenminister gestern in Luxemburg und vor der Debatte im Europäischen Parlament zu Syrien fordern die Grünen/EFA im Europäischen Parlament ein Umdenken in der europäischen Einwanderungspolitik. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen/EFA, Rebecca Harms, erklärt:

„Auch nach der erneuten, tragischen Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa sind die EU-Innenminister offenbar nicht zu einem grundsätzlichen Umdenken in der EU-Flüchtlingspolitik bereit. Es bleiben leere Lippenbekenntnisse und Krokodilstränen!

---

zuvor zusammenhingen – zu Anfang derselben Woche hatte der profilierte Politiker, frühere TV-Journalist und frühere Präsidentschaftskandidat Noël Mamère die grüne Partei verlassen und ihre Überanpassung ans Regierungsgeschäft kritisiert, dabei standen Duflot und ihr Umfeld besonders im Visier – löste sie doch erstmals eine kontroverse Diskussion aus.

Zwei Tage später pflichtete ihr der Staatssekretär für Verbraucherschutz Benoît Hamon vom linken Parteiflügel der Sozialdemokratie bei. Er nannte zwar Valls nicht beim Namen. Aber als er bei einem Kongress seines Flügels am letzten Septemberwochenende in Vieux-Boucau „Grenzüberschreitungen, die mir missfallen" anprangerte, war allen Beobachtern klar, wer und was gemeint war. Die konservative Opposition tobte und forderte Präsident François Hollande zu Klarstellungen auf und dazu, zu zeigen, dass es einen Herrn im Hause gebe.

Das Staatsoberhaupt äußerte sich nicht klar zur Sache, was er bei Streitfällen ohnehin selten tut. Es wurde jedoch eine technische Lösung eingerichtet – nunmehr sind alle Minister aufgefordert, die Inhalte ihrer Wortmeldungen dem Premierminister Jean-Marc Ayrault vorzulegen, bevor sie sich in der Öffentlichkeit äußern. Unterdessen ergaben Umfragen, deren Ergebnisse sicherlich wie so oft mit Vorsicht zu genießen sind, dass angeblich zwei Drittel der französischen Gesellschaft Valls gegen Duflot unterstützen. Und bei den Popularitätswerten erntet Valls Anfang Oktober bei Befragungen 70 bis 71 Prozent an positiven Meinungen. Also fast drei mal so viel wie sein oberster Chef, François Hollande.

Zoff auf der EU-Ebene

Der innenpolitische Streit erfasste unterdessen auch mehrere Nebenkriegsschauplätze. Wie bereits im September 2010 unter dem damaligen Präsidenten Sarkozy, kritisierte die EU-Kommissarin für das Justizwesen Viviane Reding nun drei Jahre später erneut die französische Politik gegenüber den Roma und erinnerte daran, dass die EU-Bürger unter ihnen – etwa die rumänischen und bulgarischen Roma – wie andere Unions-Angehörige Freizügigkeit genießen. Ein konservativer Abgeordneter, Philippe Meunier, profilierte sich daraufhin mit dem öffentlichen Ausspruch: „Reding zieh‘ Leine!" Eine solche verbale Aggressivität hat beim letzten Mal, im Spätsommer 2010, gegenüber Brüssel noch nicht geherrscht.

Unterdessen haben sowohl Manuel Valls als auch konservative Oppositionspolitiker die aktuell stattfindenden Gespräche über die Erweiterung des Schengen-Raums auf Bulgarien und Rumänien als Anlass entdeckt, um verbal zu eskalieren. Das Thema hat eigentlich mit der Freizügigkeit für Roma aus den beiden Ländern nichts zu tun: Bei den Schengen-Abkommen geht es um die Einreise und den Verkehr von Nicht-EU-Bürgern und gemeinsame Kontrollen an den Außengrenzen. Valls oder der frühere konservative Minister Laurent Wauquiez erwecken nun den gegenteiligen Eindruck und fordern die Aussetzung der Ausweitung des Schengen-Raums, so lange Rumänien und Bulgarien nicht die Roma besser integrierten und vom massiven Ausreisewillen abhielten. Der Konflikt mag nur symbolisch sein, verärgert aber die politische Elite in Bukarest und Sofia erheblich. Marine Le Pen musste für ihre innenpolitischen Bedürfnisse in Frankreich nur noch hinzufügen, die „Altparteien" UMP und PS seien in der Sache nicht glaubwürdig, da sie bislang die Grenzöffnungspolitik – im Binnenraum der EU und des Schengen-Abkommens – ja mitgetragen hätten. Und mal solle deswegen lieber das Original gegenüber der Kopie vorziehen.

Verbale Eskalation auf einer anderen Ebene betrieb der konservative Bürgermeister von Croix, in der Nähe von Lille, Régis Cauche. Er erklärte Ende September prophylaktisch, falls einer der Einwohner seiner Kommune – wo sich bis Ende September ein Roma-Camp befand, woraufhin Diebstahlsvorwürfe laut wurden – „Notwehr" übe und mit dem Gewehr auf einen Campbewohner losgehe, „dann stehe ich hinter ihm".

Bernard Schmid, Paris ■

Wenn die EU-Regierungen weiterhin die Grenzen immer dichter machen, sind sie – auch der deutsche Innenminister Friedrich! – mitverantwortlich für die Toten im Mittelmeer. Die Rettung von Flüchtlingen aus Seenot muss oberste Priorität sein. Wir brauchen eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge auf alle EU-Mitgliedsstaaten, sichere Möglichkeiten für Flüchtlinge, die EU zu erreichen, und eine ordentliche Gesetzgebung zu legaler Einwanderung. Nichts davon haben die Innenminister heute auf den Weg gebracht."

Die migrationspolitische Sprecherin der Grünen im Europäischen Parlament, Ska Keller, ergänzt:

„Der Vorschlag der EU-Kommission klingt nach Aktionismus. Bisher haben Rat und Kommission eine ganz andere Richtung eingeschlagen. Gemeinsam haben sie den Vorstoß abgeblockt, mit dem europäischen Grenzüberwachungssystem Eurosur auch die Seenotrettung von Flüchtlingen zu verbessern. Mit der am Donnerstag anstehenden Abstimmung zu Eurosur hätte das Europaparlament die Möglichkeit, aus dem Flüchtlingsabwehrsystem doch noch ein Flüchtlingsrettungssystem zu machen. Wir Grünen haben einen Änderungsantrag eingebracht, der auf entsprechende Nachverhandlungen mit den Mitgliedsstaaten hinausläuft.

Bei den neuen Regeln für Frontex-Einsätze auf See, die derzeit ebenfalls im EU-Parlament und im Rat verhandelt werden, drängen die Mitgliedsstaaten auch auf weniger Seenotrettung. Die EU-Kommission muss jetzt so schnell wie möglich einen konkreten Plan vorlegen. Dann wird sich zeigen, wie ernst es den Mitgliedsstaaten wirklich ist mit der Rettung von Flüchtlingen."

Quelle Pressemitteilung Ska Keller, Migrationspolitische Sprecherin der Grünen im Europaparlament – Straßburg, 9. Oktober 2013 ■

Zerreißt den Mantel der Gleichgültigkeit…

Flüchtlingsrat Niedersachsen fordert handfeste Konsequenzen aus Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa

Die Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa, bei der wahrscheinlich über 350 Menschen starben, darf nicht ohne politische Konsequenzen bleiben. Das war keine „Naturkatastrophe" und kein „tragisches Unglück", sondern das unmittelbare Ergebnis einer Politik, die alles daran setzt, die Flucht von Menschen nach Europa mit polizeilich-militärischen Mitteln zu verhindern. Allenthalben setzt jetzt wieder das Lamento ein über die „Schlepper", die die Menschen angeblich in ihr Unglück gelockt hätten – als wären Fluchthilfeorganisationen tatsächlich die Ursache und nicht nur ein Symptom des Problems. Es erscheint unfassbar, dass den Flüchtlingen in Seenot über mehrere Stunden nicht geholfen wurde, obwohl sie sich nahe der Küste befanden, eindeutige SOS-Zeichen abgaben, Fischerboote nahe vorbeifuhren und die Meereszone zu den bestüberwachten Wasser-Quadratkilometern der Welt gehören dürfte. Solange Europa weiterhin Zäune baut, Flüchtlingsboote abdrängt und Fluchthelfer_innen kriminalisiert, wird es weitere Tote im Mittelmeer geben. Statt Kränze abzulegen und Blumen aufs Wasser zu streuen, fordern die Flüchtlingsräte die Einleitung überfälliger politischer Korrekturen auf allen Ebenen:

Die Verfolgung und Abdrängung von Flüchtlingsbooten durch die berüchtigte Grenzschutzagentur „Frontex" muss sofort beendet werden. Stattdessen sollte Frontex umgebaut werden in eine Organisation zur organisierten Rettung von Flüchtlingen, die zum nächsten europäischen Hafen zu leiten sind.

Fischer müssen zur Seenotrettung von Flüchtlingen aufgefordert und unterstützt statt mit Strafverfahren wegen „Fluchthilfe" überzogen werden, wenn sie Flüchtlinge an die europäischen Küsten bringen

Im Rahmen einer organisierten Rettungspolitik müssen Flüchtlinge aus Verfolgungs- und Kriegsstaaten wie etwa Syrien oder Eritrea legal die Möglichkeit erhalten, in Europa Schutz zu finden. Die gegenwärtige Aufnahmequote von 5000 Flüchtlingen, die Deutschland für syrische Flüchtlinge festgelegt hat, ist lächerlich gering. Europa kann und muss jetzt nicht nur eine Handvoll, sondern mehrere Hunderttausend Flüchtlinge aus Syrien aufnehmen. Dem niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius ist zuzustimmen, wenn er feststellt: „Angesichts der dramatischen Lage – mehr als zehn Prozent aller Syrer sind bereits aus ihrer Heimat geflohen – wäre jede Zahl unter einer Million als immer noch niedrig anzusehen."

Die Länder haben sich dankenswerterweise dazu entschlossen, hier lebenden Syrer_innen die Aufnahme ihrer Angehörigen zu ermöglichen, wenn sie es sich leisten können, diese auch auf eigene Kosten zu versorgen. Dieses Programm muss erweitert werden! Die Aufnahme von Familienangehörigen darf nicht nur Flüchtlingen vorbehalten sein, die reich genug sind, um die Kosten selbst zu übernehmen. In jedem Fall muss die Krankenversicherung von Familienangehörigen durch die Länder gewährleistet werden.

Nicht nur in Italien, auch in Deutschland werden Flüchtlinge wegen „illegaler Einreise" oder „illegalen Aufenthalts" häufig kriminalisiert. Erst jüngst hat die europäische Kommission weitreichende Möglichkeiten geschaffen, neu ankommende Flüchtlinge zur Begrüßung erst einmal zu inhaftieren. Flucht ist kein Verbrechen! Die Strafverfolgung von Flüchtlingen und Unterstützer_innen muss umgehend beendet werden. *gez. Kai Weber*

„Zerreißt den Mantel der Gleichgültigkeit, den Ihr um Euer Herz gelegt! Entscheidet Euch, ehe es zu spät ist!"

Das schrieb die Widerstandsgruppe „Die Weiße Rose" in ihrem 5. Flugblatt Ende Januar 1943.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 07.10.2013 ■

Lampedusa in HH: Senat eskaliert die Situation und setzt auf menschenverachtende Erpressung

Vor genau fünf Monaten trat die Gruppe „Lampedusa in Hamburg" zum ersten Mal öffentlich in Aktion. Seitdem hat eine Welle von Menschlichkeit und Solidarität Hamburg ergriffen und tausende von Menschen unterstützen die Kriegsflüchtlinge aus Libyen aktiv in ihrem Kampf um ein Aufenthaltsrecht, welches entgegen anders lautender Behauptungen von Senat und Innenbehörde rechtlich immer möglich wäre.

Die in Italien als Kriegsflüchtlinge anerkannten Mitglieder der Gruppe fordern seit Monaten in aller Öffentlichkeit lediglich ihre elementaren Rechte ein: freier Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Wohnungen, zu medizinischer und sozialer Versorgung, zu Bildung und das Recht ihren Aufenthaltsort innerhalb der EU frei wählen zu dürfen.

Diese Auseinandersetzung um elementare Menschenrechte hat auf den Straßen Hamburgs eine neue Eskalationsstufe erreicht. Verantwortlich hierfür ist alleine der Hamburger Senat, der sich monatelang mit haltlosen Argumenten jeglicher Verantwortung entzog und nun die nahende Kälte des Winters zur menschenverachtendem Erpressung der Kämpfer_innen der Gruppe „Lampedusa in Hamburg" nutzen möchte.

Verbot der Container auf dem Kirchengelände in St. Pauli

Aktuellen Medienberichten zufolge verbietet der von Olaf Scholz angeführte Senat der St. Pauli Kirche, in Eigenfinanzierung beheizbare Container für die auf dem kalten Kirchboden untergebrachten Geflüchteten der Gruppe „Lampedusa in Hamburg" aufzustellen und gefährdet damit aktiv das Leben der dort untergebrachten Menschen. Auch der Zugang zum Winternotprogramm der Stadt ist ihnen verwehrt, rettende Unterkünfte würden von der Stadt nur zur Verfügung gestellt, wenn die Geflüchteten ihre Papiere vorlegen und einer Abschiebung zustimmen. Dazu Affo Tchassei, einer der Sprecher der Gruppe „Lampedusa in Hamburg":

„Wir bitten hier in Deutschland nicht um viel, wir wollen über zwei Jahre nach dem NATO-Krieg in Libyen nur endlich wieder ein normales Leben führen kön-

nen. Doch stattdessen sollen wir wieder verscheucht werden wie Hunde, der Senat will uns kaltblütig erpressen und setzt dabei unser Leben aufs Spiel!

Falls sie es vergessen haben sollten, wir sind genau die unschuldigen Zivilisten, die Deutschland als Kriegspartei vorgab in Libyen schützen zu wollen. Wir hatten nie die Absicht nach Europa zu kommen. Bevor die NATO-Bomben uns zur Flucht zwangen, hatten wir in Libyen ein gutes Leben. Denken die europäischen Regierungen, sie könnten einfach auf unserem Kontinent Afrika nach Belieben Länder bombardieren, unsere Leben zerstören und sich dann jeder Verantwortung entziehen? Wir fordern hier unsere elementaren Menschenrechte ein und verstehen nicht, warum man uns mit einer solchen Boshaftigkeit begegnet. Gelten diese Menschenrechte in Deutschland etwa nicht für Schwarze Menschen?"

PM der Gruppe „Lampedusa in Hamburg", 01.10.2013/Lokalberichte HH

Spenden und Materialliste für die Gruppe Lampedusa in HH

Sachspenden: Schals, Mützen, Handschuhe, warme Socken, Männerhosen in kleineren Größen, Schuhe ab Größe 42, Regenfeste Kleidung, Musikinstrumente. Zeitspenden: Frühstücksdienste, Nachtwachen, Arztbegleitung, Freizeitgestaltung, Fußballbegeisterte (Jemand, der mit den Gästen regelmäßig kickt)
Bei Spendeninteresse bitte Rücksprache zwecks Koordination mit
fcsphilftlampedusa@gmx.de

Das St.Pauli-Manifest WIR SIND MEHR unterstützt Flüchtlinge

Menschen, die sich mit den Lampedusa-Flüchtlingen in Hamburg und darüber hinaus solidarisieren wollen finden unter www.wirsindmehr.jimdo.de das Manifest „Wir sind mehr" und können es dort unterschreiben.

„Lampedusa in Hamburg – Wir bleiben hier!"

In Gedenken an die Toten des Schiffsunglücks vor der Insel Lampedusa, sowie aller anderen Toten der Festung Europa

In der letzten Woche sind über 300 Geflüchtete bei einem Schiffsunglück vor der Insel Lampedusa ertrunken. Die wohl schlimmste Flüchtlingstragödie der letzten Zeit war kein trauriger Einzelfall, sondern das direkte Resultat der mörderischen EU-Asylpolitik, die seit 1993 schon über 16 000 Tote gefordert hat. Diese Politik der Abschottung und Abschreckung war von Anfang an zum Scheitern verurteilt, denn Migration und Flucht lassen sich weder aufhalten noch regulieren. Menschen werden sich ihr Recht auf Bewegungsfreiheit immer nehmen, solange sie zur Flucht aus ihrer Heimat gezwungen werden. Und unzählige eben dieser Fluchtgründe werden von der Politik genau der europäischen Staaten geschaffen, die sich als Heilsbringer der Demokratie und Menschenrechte feiern und gleichzeitig täglich Geflüchtete vor ihren Küsten und innerhalb ihrer Landesgrenzen in den Tod treiben.

Nach der Tragödie vor Lampedusa begann schnell eine Diskussion über die Notwendigkeit einer neuen EU-Asylpolitik. Neben den dummen und irreführenden Forderung nach noch mehr Abschottung und Repression gab es auch die starke Forderung nach einer besseren Zusammenarbeit unter den EU-Mitgliedsstaaten. Der Sprecher der EU-Innenkomissarin Malmstöm äußerte sich hierzu kurz nach dem Schiffsunglück sehr klar: „Wir hoffen, dass alle Mitgliedstaaten Solidarität zeigen und verstehen, dass die Zeit gekommen ist, eine stimmige Einwanderungs- und Asylpolitik zu definieren und umzusetzen." (Quelle tagesschau.de)

Der Hamburger Senat hat seit Monaten die konkrete Möglichkeit, einen Schritt in diese Richtung zu machen. Die Anerkennung der Gruppe „Lampedusa in Hamburg" sowie der bedingungslose Zugang für illegalisierte Geflüchtete zum Winternotprogramm der Stadt wären rechtlich ohne weiteres möglich und die einzige menschliche Antwort auf die scheiternde EU-Asylpolitik. Eine weitere Blockadehaltung unterstreicht nur die Menschenverachtung der Regierenden in Hamburg und verlängert das Leid derer, deren Leben schon zwei mal durch die EU-Politik zerstört wurde. Es wäre realitätsfremd zu glauben, dass die rassistische Abschottung Hamburgs Menschen davon abschrecken würde, hier Schutz und Zuflucht zu suchen. Das beweist allein schon jeder Mensch, der die lebensgefährliche Flucht über das Mittelmeer antritt.

Fortress Europe will fall! Dublin-System kippen – alle Abschiebungen stoppen! We are here, because you destroy our countries.

5. Mittwochsdemonstration „Lampedusa in Hamburg – Wir bleiben hier!" 16.30 Uhr am Protestzelt (Steindamm 2) Quelle: http://lampedusa-in-hamburg.org ■



Eurosur: EU-Parlament lehnt verbesserte Rettung aus Seenot ab

Nur eine Woche nach dem Tod von mehr als 300 Flüchtlingen vor der italienischen Insel Lampedusa hat eine Mehrheit im Europaparlament heute für das neue europäische Grenzüberwachungssystem Eurosur gestimmt. Ziel von Eurosur ist es, den Mittelmeerraum verschärft gegen „illegale Einwanderung" und grenzüberschreitende Kriminalität zu kontrollieren. Die Grünen haben Nachverhandlungen gefordert und einen Änderungsantrag eingebracht, um die Rettung schiffbrüchiger Flüchtlinge zu verbessern. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt.

Ska Keller, migrationspolitische Sprecherin der Grünen im Europäischen Parlament, sagt dazu:

„Wir brauchen in Europa kein weiteres Flüchtlingsabwehrsystem, sondern ein Flüchtlingsrettungssystem. Wir Grünen haben bis zuletzt dafür gekämpft, dass Eurosur dazu dient, Menschenleben zu retten. Aber Konservative, Sozialdemokraten und Liberale haben Eurosur trotz der Katastrophe von Lampedusa durchgewunken. Sie sind vor der Blockade der Mitgliedsstaaten gegen eine bessere Rettung von Flüchtlingen aus Seenot eingeknickt.

Ziel von Eurosur ist es, nach den europäischen Landgrenzen jetzt auch die Seegrenzen für Flüchtlinge dicht zu machen. Mit Eurosur sollen Flüchtlingsboote in Zusammenarbeit mit Drittstaaten, wie Libyen, abgefangen werden, ehe sie die europäischen Gewässer überhaupt erreichen. Damit wird ihnen ihr Recht auf Asyl verwehrt.

Lebensrettung steht nur drauf, ist aber nicht drin in Eurosur. Das Grenzüberwachungssystem führt in der jetzt verabschiedeten Form weder zu einer besseren Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten bei der Rettung von Flüchtlingen noch dazu, dass Frontex das Mittelmeer zur Seenotrettung von Flüchtlingen überwacht. Einziger „Fortschritt": Künftig wissen wir, wie viele Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa in Lebensgefahr sind. Denn mit Eurosur müssen die EU-Mitgliedsstaaten

künftig Frontex über Flüchtlinge in Seenot informieren. Verbessern müssen sie die Menschenrettung aber nicht.“

PM franziska.keller@europarl.europa.eu
Straßburg, 10. Oktober 2013 ■

EU-Innenminister: Europa schaut Flüchtlingssterben weiter zu

Eurosur, Frontex oder Entwicklungshilfe verhindern nicht das Massensterben

Nach Lampedusa: Ergebnis des EU-Ministertreffens beschämend / Eurosur-Abstimmung im EP – Die EU-Innenminister beschlossen bei ihrem EU-Ratstreffen in Luxemburg zur Katastrophe von Lampedusa gestern lediglich, eine „Task Force“ einzurichten, die Maßnahmen zur Verhinderung ähnlicher Katastrophen erarbeiten soll. Bundesinnenminister Friedrich hatte grundlegende Änderungen der EU-Asylpolitik von vornherein kategorisch ausgeschlossen.

Die Blockadehaltung Deutschlands und anderer EU-Staaten zeigt, dass die zentralen politischen Akteure in der EU kein Interesse daran haben, das Sterben der Menschen auf dem Meer zu beenden. „Das Ergebnis ist angesichts der vielen Todesopfer vor den Außengrenzen der EU zutiefst beschämend,“ so Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL. Vor den Küsten Italiens, Maltas und Griechenlands sind von 1993 bis 2012 bereits mehr als 17 000 Menschen umgekommen.

Eurosur: Perfektionierung der Abschottung statt Lebensrettung

Morgen soll das Grenzüberwachungssystem Eurosur vom Europäischen Parlament verabschiedet werden. PRO ASYL weist darauf hin, dass Eurosur kein Instrument zur Rettung von Menschenleben, sondern ein weiteres System zur Abwehr von Flüchtlingen ist. PRO ASYL appelliert an die Abgeordneten, die Eurosur-Verordnung abzulehnen. Wenn Eurosur wirklich zur Rettung von Flüchtlingen beitragen soll, müsste die Verordnung grundlegend geändert werden.

Zweck von Eurosur ist laut Verordnungsentwurf die „Aufspürung, die Verhinderung und Verfolgung illegaler Einwanderung und grenzüberschreitender Kriminalität“. Zur Seenotrettung heißt es lediglich, die Verordnung „trägt dazu bei“ den „Schutz und die Lebensrettung von Migranten zu gewährleisten.“ Weitere Bestimmungen laufen der Seenotrettung zuwider. So müssen Grenzschützer ihre nationalen Seenotrettungszentren zwar über Seenot-Vorfälle informieren, es gibt aber keine Verpflichtung zur Zusammenarbeit. Eurosur wird am europäischen Verantwortungsvakuum bei der Seenotrettung von Flüchtlingen nichts ändern.

Das Grenzüberwachungssystem sieht außerdem die Einbindung von Drittstaaten in die Flüchtlingsabwehr vor: Mithilfe von Eurosur soll Frontex künftig die nordafrikanischen Küsten mit Satelliten und anderen Überwachungstechnologien kontrollieren. Drittstaaten sollen so über aufgespürte Flüchtlingsboote vor ihren Küsten und auf dem Mittelmeer informiert werden, um die Boote frühzeitig abzufangen. EUROSUR zielt auf verbesserter Flüchtlingsabwehr, nicht auf die Wahrung von Menschenrechten oder die Seenotrettung.

Frontex ist keine Seenotrettungs-Agentur

Der Vorschlag von EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström, im gesamten Mittelmeerraum eine Frontex-Operation zur Rettung von Flüchtlingen ins Leben zu rufen, ignoriert, dass Frontex zur Bekämpfung der „irregulären Migration“ geschaffen wurde. Dieses Mandat widerspricht der Rettung von Flüchtlingen. Bisherige Frontex-Operationen haben Schutzsuchende auf immer gefährlichere Routen getrieben. Die Frontex-Operation Hermes 2011 im zentralen Mittelmeer hat den Tod von über 2000 Flüchtlingen nicht verhindert. Selbst wenn das Mandat von der Migrationsverhinderung zur Rettung von Flüchtlingen abgeändert würde, ist ungeklärt, welche EU-Staaten von Frontex gerettete Flüchtlinge aufnehmen würden. EU-Staaten wie etwa Malta weigern sich immer wieder, gerettete Flüchtlinge an Land gehen zu lassen.

Debatte um Entwicklungshilfe: Ein Ablenkungsmanöver

Bundesinnenminister Friedrich hat vor dem Rats-Treffen den Willen bekundet, die Entwicklung in den Herkunftsländern so zu verbessern, dass „die Menschen schon keinen Grund haben, ihre Heimat zu verlassen.“ Angesichts der Tatsache, dass sich gegenwärtig vor allem Flüchtlinge aus Eritrea, Somalia und Syrien auf den gefährlichen Seeweg nach Europa begeben, kommt Friedrichs Vorschlag einer hartnäckigen Realitätsverweigerung gleich. Somalia ist ein zerfallener Staat, in dem Warlords herrschen, in Eritrea ist eine Militärdiktatur an der Macht, in Syrien tobt ein Bürgerkrieg. Entwicklungshilfe und wirtschaftliche Zusammenarbeit können dort realistischerweise nichts zur Verbesserung der Menschenrechtslage beitragen. Die Herausforderung, Flüchtlinge zu retten und menschenwürdig aufzunehmen, nimmt sich gegenüber Friedrichs Ansinnen, die Lage in den Hauptherkunftsländern zu verbessern, überaus gering aus.

Schleuserkriminalität: Folge verschlossener EU-Grenzen

Angesichts der Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa hatte Friedrich zuvor gefordert, „dass wir noch stärker die Netzwerke organisierter und ausbeuterischer Schleusungskriminalität bekämpfen müssen.“ Nach Auffassung von PRO ASYL eine irreführende Argumentation. Die Schleuserkriminalität ist Folge der für Flüchtlinge verschlossenen EU-Grenzen. Flüchtlinge, die aus Eritrea, Somalia, Syrien, Afghanistan oder anderen Ländern fliehen müssen, bleibt kaum eine andere Wahl, als zu versuchen, mit Hilfe von Schleppern nach Europa zu gelangen. In den Transitstaaten finden Sie keinen Schutz. Die EU verweigert ihnen legale und sichere Fluchtwege nach Europa. Wer Schleuser bekämpfen will, muss legale Einreisewege schaffen, nicht die Grenzen weiter abdichten.

Maßnahmen zur Verhinderung des Flüchtlingssterben vor den EU-Außengrenzen

PRO ASYL fordert folgende Maßnahmen zur Rettung von Flüchtlingen:

- Europa muss gefahrenfreie Wege für Flüchtlinge eröffnen. Dies kann durch ein verändertes Visaregime geschehen, das Schutzsuchenden die legale Einreise ermöglicht. Zudem kann Europa durch die proaktive Aufnahme von Flüchtlingen im Resettlement-Verfahren Flüchtlingen die gefährliche Überfahrt ersparen.
- Bei allen Maßnahmen der EU, die die Außengrenzen betreffen, müssen die Rettung von Menschenleben und der Flüchtlingsschutz allererste Priorität erhalten. Europa muss ein effektives Seenotrettungssystem installieren, dass für die Rettung von Schiffbrüchigen – egal welcher Herkunft – voll verantwortlich ist.
- Das EU-Asylzuständigkeitssystem (Dublin-Verordnung) muss grundlegend geändert werden. Das bisherige System schiebt die Hauptverantwortung für den Flüchtlingsschutz auf die EU-Randstaaten ab. Die EU-Randstaaten wie Malta, Griechenland oder Italien reagieren darauf mit einer Strategie der Abschreckung, die die Verweigerung von Seenotrettung, illegale Push-Back-Operationen, die Inhaftierung von Asylsuchenden, menschenunwürdige Aufnahmebedingungen und unfaire Asylverfahren beinhaltet. So sehr diese Menschenrechtsverletzungen auf das Konto der jeweiligen Nationalstaaten gehen, sind sie Folge des unsolidarischen Dublin-Systems. Die Staaten im Zentrum der Union, die am Dublin-System festhalten, sind daher für diese systematischen Menschenrechtsverletzungen mitverantwortlich. Sie müssen ihren Widerstand gegen eine grundlegende Veränderung der Asylzuständigkeitsregelung aufgeben. Die EU muss Verstöße gegen die Menschen- und Flüchtlingsrechte in all ihren Mitgliedstaaten konsequent unterbinden.

Quelle: Presseerklärung Pro Asyl
9. Oktober 2013 ■

Polizeiabkommen: Italien beaufsichtigt libysche Grenzpolizisten

Am 8.10.2013 haben die italienische und libysche Grenzpolizei sowie zugehörige weitere Grenzüberwachungsbehörden ein Übereinkommen abgeschlossen. Demnach werden ab sofort 3000 libysche Grenzpolizisten im Mittelmeer zwischen Libyen und Italien patrouillieren, überwacht durch italienische Grenzpolizisten. Einzelheiten über die Modalitäten gemeinsamer Patrouillen wurden nicht veröffentlicht. Eingesetzt werden alle Patrouillenschiffe, die Italien dem nordafrikanischen Land geliefert hat. Das ist italienisch-europäische Antwort auf die Schiffstragödie vor Lampedusa, die 363 eritreischen und somalischen Flüchtlingen das Leben gekostet hat. Die Schiffstragödien sind Folge der EU-Abschottung. Noch mehr Überwachung wird bedeuten, dass Flüchtlinge auf kleinere, seeuntüchtige Schiffe umsteigen, wie es bereits vor Gibraltar der Fall ist. Und es wird der Protest der Flüchtlinge in Nordafrika gegen die EU-Abschottung steigen.

Quelle: Forschungsgesellschaft Flucht & Migration 9.10.2013 ■

Faxkampagne für das Flüchtlingscamp in Karlsruhe!

Aufruf der Flüchtlinge an die Öffentlichkeit:

Da das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) uns mitgeteilt hat dass nun ab dieser Woche über ihre Asylanträge entschieden werden soll, rufen wir alle solidarischen Menschen auf, sich mittels Faxen direkt an die Verantwortlichen des BAMF zu wenden.

Wir verlangen die Anerkennung unserer Asylgründe. Wir wollen nach unseren traumatischen Fluchterfahrungen und dem jahrelangen destruktiven Leben im deutschen Lagersystem endlich beginnen, unser Leben selbst zu bestimmen.

Solange die Asylverfahren nicht positiv beschieden werden, werden wir die Straße nicht verlassen und den Protest nicht einstellen! Nachdem die Verantwortlichen in den letzten Tagen immer wieder Druck auf uns ausgeübt haben, und dabei den Eindruck vermittelten, dass wir so oder so eine negative Antwort erhalten werden, rufen wir nun euch dazu auf, den Druck auf das Bundesamt zu erhöhen und euch an der Faxkampagne zu beteiligen!

Im Moment sind wir Flüchtlingsaktivisten Bedrohungen durch die Polizei ausgesetzt, die uns vertreiben will. Doch wir stehen zusammen, um gegen diese unmenschliche Behandlung zu protestieren und um die menschliche Würde unserer physischen Präsenz und unser Recht auf öffentlichen Raum zurückzugewinnen!

Wir rufen euch auf, die Stärke der Solidarität weiterzuverbreiten!

Zusammen bleiben wir, um unsere Rechte zurückzuerhalten!

Wir wünschen uns eure aktive Beteiligung an unserem Protest!

Charles Enoruwa, Chima Osunbor und Christopher Isibor aus der Flüchtlingsinitiative in Schwäbisch Gmünd – The VOICE Refugee Forum
thevoiceforum@gmx.de
http://www.thevoiceforum.org

Karlsruhe: Stoppt die Abschiebekollaboration

Am 27. 9.2013, haben wir, die Flüchtlinge des Protestzeltes in Karlsruhe eine erfolgreiche Kundgebung abgehalten. Obwohl wir durch eine Polizeiintervention provoziert werden sollten, waren wir in der Lage, die Situation unter Kontrolle zu halten.

Es gab Statements der Flüchtlinge aus dem Protestzelt und von unseren Freunden, die uns auf der Straße fest unterstützen. Trotz der Aggression durch die Polizei konnten wir ein weiteres Zelt aufbauen. Solange sie unsere Asylanträge zurückhalten, werden wir uns ihren Raum nehmen, um unser Ziel und die Öffentlichkeit zu erreichen! Sie sagten, sie würden mit den Entscheidungen über unsere Asylfälle am Montag, dem 30. 9. 2013 beginnen.

Wir rufen alle auf, uns mit einer Faxkampagne zu unterstützen. Seit einigen Jahren kollaboriert die nigerianische Botschaft schon mit der deutschen Regierung, um Flüchtlinge aus Afrika nach Nigeria abzuschieben. Um diese rassistische Mission auszuführen, lässt die deutsche Regierung Angestellte der nigerianischen Botschaft im monatlichen Rhythmus von einer deutschen Stadt in die nächste fahren – von Berlin nach München, Koblenz, Frankfurt, Dortmund, Düsseldorf, Bielefeld, Köln, etc. – und auch nach Karlsruhe. Ziel ist es, afrikanischen Flüchtlingen Reisedokumente auszustellen, damit die deutsche Regierung ihre rassistische Abschiebepolitik durchführen kann. Diese Flüchtlinge werden gegen ihren Willen vor die Botschaftsmitarbeiter gebracht. Sie werden von der deutschen Polizei unter Anwendung von Gewalt und Brutalität dazu gezwungen; einige Flüchtlinge werden sogar in Handschellen vorgeführt, obwohl sie keinerlei Verbrechen begangen haben.

Der Hintergrund dieser Aktion ist, dass viele Flüchtlinge niemals Identitätspapiere besaßen. Einige haben ihre Dokumente auf ihrer Flucht verloren, andere aus Angst vor Abschiebung, weil sie wissen, dass die Dokumente von der deutschen Regierung lediglich zur Identifizierung für den Zweck der Abschiebung gebraucht werden und nicht, um den Flüchtlingen ein Recht zu bleiben zu gewähren. Und Abschiebung ist nur möglich mit einer Identität. Die deutsche Regierung unterzeichnete im Rahmen der Abschiebeagentur FRONTEX mit der nigerianischen Regierung einen Vertrag, damit diese Flüchtlingen Reisedokumente nach dem Zufallsprinzip ausstellt, selbst wenn deren Identität nicht geklärt ist. Eine tatsächliche Staatsbürgerschaft besteht nicht; die Motivation der nigerianischen Botschaftsmitarbeiter besteht im Geld, das bei dieser Politik für sie herausspringt; es geht ihnen darum, ihren Geldbeutel zu füllen, ohne dabei die Risiken zu bedenken, die den Flüchtlingen bei einer Abschiebung entstehen. Als besondere Motivation zahlt der deutsche Staat den nigerianischen Botschaftsmitarbeiten 500 Euro für jeden Flüchtling, dem Reisepapiere ausgestellt werden, mit denen er nach Nigeria abgeschoben werden kann. Dieser unmenschliche Handel mit Reisedokumenten ist rassistisch motiviert und muss beendet werden!

FlüchtlingsaktivistInnen, NigerianerInnen und Nicht-NigerianerInnen protestieren seit Jahren gegen diese Abschiebekollaboration; es sind Briefe an die Regierung unter Präsident Goodluck Jonathan geschrieben worden, doch Augen und Ohren sind blind und taub gegenüber den Anliegen der Nigerianer im Ausland.

Wir rufen die zuständigen Behörden, die für unsere Fälle verantwortlich sind und die unsere Asylfälle nun schon seit Jahren nicht bearbeitet haben, auf, uns Asyl zu gewähren. Und wir sind noch immer auf der Straße mit unseren Zelten, um gegen diese korrupte Praxis der Abschiebekollaboration zu protestieren.

Keine Abschiebungen – weder nach Nigeria noch nach irgendwo sonst! Das Recht zu bleiben für jeden! Unsere allgemeinen Forderungen und Statements gemäß unserer Erklärung:

1. Sofortige Antwort auf unsere Asylanträge. **2.** Einen Stopp der Ablehnung von Asylanträgen, denn jedes Asylbegehren hat einen Grund infolge von Verfolgung und Schutz ist nötig. **3.** Abschaffung jeder Form von Abschiebung. **4.** Die Auflösung aller eurer Abschiebegefängnisse

Quelle: www.thevoiceforum.org ■



Quelle http://thecaravan.org/

Gabriele del Grande: Das Meer zwischen uns
Flucht und Migration in Zeiten der Abschottung



Herausgegeben: borderline europe e.V. und Förderverein PRO ASYL e.V. Deutsche Übersetzung von Judith Gleitze

Der Heilige Augustinus war ein Afrikaner. Was wäre wohl heute aus ihm geworden? Vielleicht hätte man ihn nach Libyen zurückgeschoben. Oder er würde auf See vermisst. Oder man hätte ihn in ein Abschiebungshaftlager gesperrt.

Drei Jahre Recherchen, eine atemberaubende Reise zwischen Erinnerungen und Aktualität, von der ersten bis zu letzten Seite spannungsgeladen. Eine Sammlung von Zeugenaussagen und Geschichten, die Geschichte schreiben. Unsere Geschichte.

Auf seiner Reise begegnet Gabriele del Grande bewegenden menschlichen Schicksalen: Mütter, Väter, Ehemänner und -frauen, Geschwister und Freunde, die geliebte Menschen bei der Flucht übers Mittelmeer verloren haben; Menschen, die seit Jahren in Abschiebungshaftzentren und Gefängnissen ohne Kontakt zu ihren Familien eingesperrt sind; und Behörden, die sich keinerlei Schuld am Schicksal dieser Menschen bewusst sind. Del Grande geht bis an seine Grenzen, er deckt Missstände bei Behörden und in den nationalen Gesetzgebungen auf, prangert sie öffentlich an; er versucht, den Inhaftierten und Verfolgten zu helfen, verleiht ihnen eine Stimme. Und doch muss er feststellen, dass sich die Verzweifelten niemals werden aufhalten lassen – auf der Suche nach einer besseren Zukunft auf der anderen Seite des Mittelmeeres.

„Uns Autoren bleiben nur die Worte, um die Realität anzugreifen. Ich habe die Worte meines geliebten Mittelmeers gewählt, dem Meer zwischen uns. Ich habe die Geschichten der Väter aus Annaba und der Paten aus Tunis gewählt. Die Geschichten der Diaspora zweier ehemaliger italienischer Kolonien wie Eritrea und Somalia in Zeiten der Zurückschiebungen nach Libyen. Die Geschichten der Fischer im Kanal von Sizilien. Die Geschichten der ‚Italienerin', die Italien fortschickt und die der vielen Italiener, die ganz still an den Ausläufern Italiens geboren wurden, auf den marokkanischen Feldern, im Delta des Nil und in den Dörfern Burkina Fasos."

Gabriele del Grande

Militant Autonom Antifa – 30 Jahre Fallingbostel Walsrode



„Außergewöhnlich brutal griffen die Autonomen an", titelten die Zeitungen nach dem 1. Oktober 1983. Militante hatten versucht, den Tagungsort des NPD-Bundesparteitages in Fallingbostel zu stürmen.

Mindestens 80 Verletzte und 30 Festnahmen wurden nach der Straßenschlacht mit der Polizei gezählt.

Fallingbostel gehört zu den Gründungsmythen der autonomen Antifa, deren Etablierung von heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der radikalen Linken begleitet war. Denn antifaschistische Politik stellte seit jeher ein Sammelsurium verschiedenster Strömungen dar, die sich kaum zu einem gemeinsamen Handeln bewegen ließen.

So gab es gleich drei Aufrufe zur Verhinderung der Nazi-Provokation: vom DGB zu einer Veranstaltung im 36 km entfernten Bergen-Belsen, von konsequenteren Antifaschist/innen zu einer Demonstration im Ort, die Militanten wiederum mobilisierten zu einer Blockade der Heidmarkhalle.

Mehr als 2000 Aktivist/innen folgten diesem Aufruf, ein Teil von ihnen griff unverzüglich die Polizeiabsperrungen an.

Am Beispiel Fallingbostel wollen wir politische Konzepte und Strategien des Antifaschismus in der BRD der damaligen Zeit im Vergleich zu heute beschreiben und Aktivist/innen der verschiedenen Ansätze zu Wort kommen lassen.

Ort: Walsrode, ver.di-Bildungszentrum, Sunderstraße 77
Beginn: 25.10.2013 – 19.00 Uhr
Programm: erst Vortrag von Bernd Langer (http://www.kunst-und-kampf.de/) anschließend Diskussion

Anreise mit der Bahn

Walsrode liegt an der Bahnstrecke Hannover – Soltau – Hamburg. Ab Bahnhof Walsrode sind es ca. 20 Min. Fußweg durch die Ostdeutsche Allee und rechts in die Sunderstraße.

Anreise mit dem PKW

aus Richtung Bremen auf A 27 Ausfahrt Walsrode-West aus Richtung Hamburg auf A 7 Ausfahrt Fallingbostel aus Richtung Hannover über Dreieck Walsrode auf A 27 Ausfahrt Walsrode-Süd

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Bundeswehr: Oliv oder Feldgrau?

Titelthema der Oktoberausgabe von ZUERST! und Blickfang der Titelseite ist die Bundeswehr – einmal als Bild einer vor dem Gebäude des Deutschen Bundestages marschierenden Bundeswehrkolonne und einmal in Form verbrannter Bundeswehrfahrzeuge. Der reißerische Aufmacher dazu lautet „Feindbild Bundeswehr – Im Fadenkreuz der Linken". Überraschend ist das Schwerpunktthema des Heftes eigentlich nicht, hatte und hat die Rechte national wie international doch ein traditionell ausgesprochen gutes Verhältnis zu Militär, (militärischer) Gewalt und Krieg als Mittel der politischen Auseinandersetzung. Verwunderlich scheint auf den ersten Blick allerdings der leicht weinerliche Klang der Überschrift – widerspricht sie doch allen Vorstellungen von militärischer Stärke und „deutschem Wesen".

Zwar geht es im von DIRK REINARTZ, BERNHARD RADTKE und FALK TIEDEMANN verfassten Titelbeitrag auch um politische Angriffe auf die Bundeswehr bzw. angeblich von linken Antimilitaristen verübte Brandanschläge auf deutsche Armeeeinrichtungen, in der Hauptsache aber dreht es sich allgemein um die Militärpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Begonnen wird mit der Vor- und Frühgeschichte der bundesdeutschen Streitkräfte: „Als ‚symbolischer' Gründungstag der Bundeswehr wurde der 12. November 1955 festgelegt, der 200. Geburtstag des preußischen Militärreformers Gerhard von Scharnhorst. In einem eher unspektakulären Akt nahmen an diesem Tag die ersten Offiziere ihre Ernennungsurkunden von Verteidigungsminister Theodor Blank (CDU) entgegen. Über der Rednertribüne prangte auf fünf mal fünf Metern das eiserne Kreuz, und gesprochen wurde noch nicht von der Bundeswehr, sondern von der ‚neuen Wehrmacht'".

Doch dieser „symbolische Gründungstag" war Ergebnis, nicht Beginn der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland. Angefangen hatte sie bereits 1946, ein gutes Jahr nach der Befreiung Deutschlands vom Nazifaschismus: „Hunderte von Generalstabsoffizieren werteten in der ‚Historical Division' den Zweiten Weltkrieg aus; die Aufgabe der deutschen Seite war es, Strategie und Operationen des Ostfeldzugs zu analysieren. …Mehr noch: Hinter den Kulissen fanden sich von 1947 an Gesprächskreise deutscher Politiker und Militärs zusammen, um mitten in der Phase der Entmilitarisierung die Grundlinien einer Remilitarisierung Westdeutschlands zu entwerfen – wohlwollend geduldet von den westlichen Militärgeheimdiensten. … So stand die Wiederbewaffnung schon frühzeitig als Option im Raum".

Für diese Option griff man in der jungen Bundesrepublik auf bewährtes Personal zurück: „Auch die Alliierten wußten, daß ihre Pläne ohne die militärische Elite des Dritten Reiches nicht umsetzbar waren. So war es folgerichtig und wurde als unumgänglich hingenommen, daß bereits wenige Jahre nach Gründung der Bundeswehr 12 360 ehemalige Wehrmachtsoffiziere und 300 SS-Offiziere (im SS-Jargon: SS-Führer) in Bundeswehrdiensten standen". Wer diese ungeschminkte Darstellung allerdings für kritisch hält, irrt sich. Auf die große Bedeutung ehemaliger Nazioffiziere für den Aufbau der Bundeswehr hinzuweisen, dient GUIDO KRAUS (Chefredakteur der Deutschen Militärzeitschrift, die den gleichen Verleger hat wie ZUERST!) der Legitimation einer mörderischen Tradition: „Die Bundeswehr wurde fast ausschließlich von früheren Angehörigen der Wehrmacht und der Waffen-SS gegründet. Während des Zweiten Weltkrieges haben die deutschen Streitkräfte hervorragende soldatische Leistungen erbracht. Diese als ‚traditionsunwürdig' einzustufen, bedeutet ja in Endeffekt nichts anderes, als die Bundeswehr selbst zu entwurzeln". Kraus ist übrigens Hauptmann der Reserve.

Die Geburt der Bundeswehr aus dem Geist der Nazi-Wehrmacht findet also die uneingeschränkte Unterstützung der ZUERST-Autoren und Interviewpartner. Kritisiert werden zum einen Reformen, die der Modernisierung der Armee dienten: „Die erste sozialliberale Koalition unter Willy Brandt (SPD) und ihre Nachfolger verordneten der Armee ein umfassendes Reformprogramm aus dem Geist der 68er. …Flankiert wurde dies durch eine Personalpolitik der ‚sozialen Öffnung'. Sie hatte zur Folge, daß im Offizierskorps die Anteile von Adel, Beamten, Selbständigen und Landwirten beständig sanken, zugunsten der Angestellten und Arbeiter. Insgesamt sollte die Rekrutierung von nun an ganz im Zeichen des ‚Pluralismus' erfolgen, derweil die Armee selbst durchgehend liberalisiert werden sollte"… . Neben der Abkoppelung von der Tradition hat die heutige Bundeswehr als Armee von Berufs- und Zeitsoldaten so gut wie alle Formen des fortschrittlichen Zeitgeistes aufgesogen – vom Gender Mainstreaming bis zum Multikulturalismus".

KLAUS HAMMEL, pensionierter Oberst im Generalstab bei der Bundeswehr und heute tätig als „Publizist, Gerichtsgutachter und Leiter kriegsgeschichtlicher Exkursionen" kommt in einem umfangreichen Interview auf die wirklich wichtigen rechten Kritikpunkte zu sprechen: „Die Bundeswehr ist das Produkt ihrer fast 60jährigen Geschichte. Auf ihr lastet immer noch das Dilemma, das am Anfang ihres Aufbaus stand: Die neuen deutschen Streitkräfte sollten abschreckend auf die Rote Armee wirken, aber möglichst wenig Identität mit der Wehrmacht aufweisen. Das Spannungsverhältnis ‚autoritär verfasste Armee – individualistisch geprägte Gesellschaft' mußte reduziert werden auf Kosten der Wesenselemente, die ansonsten eine schlagkräftige Armee bestimmen. Schlagwort: Soldat ist ein Beruf wie jeder andere… . Persönliche Opfer bis zur Hingabe des eigenen Lebens werden nicht unter Kosten-Nutzen-Kriterien erbracht. Die Bundeswehr muß ihren Soldaten deutlich machen, daß die ethischen Bezüge ihres Auftrages das Abverlangen solcher Opfer noch rechtfertigen". Bis hierhin befindet sich Hammel noch im Einklang mit Bundespräsident Gauck, der am 12. Juni 2012 in einer Rede vor der Führungsakademie der Bundeswehr auch von den Soldat(inn)en eine erhöhte Bereitschaft zum Sterben verlangte.

Entscheidend für Hammel wie für die Autoren des ZUERST!-Beitrages aber ist, die nationale Ausrichtung einer deutschen Armee: „Das grundsätzliche Bekenntnis zur Bundeswehr darf, ja muß gekoppelt werden mit der Kritik an einer Politik, die diese Bundeswehr zu einem Instrument in fremden Händen und für fremde Interessen gemacht hat. Die global einsetzbare Interventionsarmee muß sich zurückverwandeln in Streitkräfte, die dem Schutz von Land und Volk dienen – und nichts anderem". Oder, wie der Ex-Oberst es ausdrückt: „Um seinen Interessen zu dienen, bleibt Deutschland nur der Weg, sich zuerst zu diesen Interessen zu bekennen und eine Führungsrolle aufgrund seines politischen Gewichts einzunehmen". Die Bundeswehr soll die Armee einer deutschen Großmacht werden. *tri* ■